

FAIRCONOMY

für eine Welt mit Zukunft

Die verlorene Unschuld des Vermögens

- Vermögen immer ungleicher verteilt
- Der Nebel um das Geld
- Die neue Landnahme

Wir zahlen nicht für Eure Vermögen!

Liebe Leserinnen und Leser,

wer möchte nicht vermögend sein? Vermögen gilt in unserer Gesellschaft als positiv und erstrebenswert. Für viele ist es ein Zeichen von Erfolg im Leben. Laut Meyers Lexikon online ist Vermögen im wirtschaftlichen Sinne die „Summe aller in Geld bewerteten, dauerhaften Wirtschaftsgüter



im Eigentum eines Wirtschaftssubjekts.“ In der INWO nehmen wir besonders die Geldvermögen in den Blick und weisen immer wieder darauf hin, dass in ihrem exponentiellen Wachstum eine Gefahr

liegt. So waren in Deutschland die Geldvermögen zum Jahrtausendwechsel 32 Mal so groß wie vor 50 Jahren. In 2007 lagen sie bei 7,9 Billionen Euro.

Ihr Zuwachs ergibt sich aus den nicht verbrauchten Teilen der Einkommen, den Ersparnissen. Klar, dass die Vermögen nur bei denen wachsen, die auch viel einnehmen. Doch welche Einkommen sind gerechtfertigt? Aktuell stehen die teils maßlosen Managergehälter in der Kritik. Kaum in Frage gestellt werden jedoch andere Einnahmen ohne wirkliche Gegenleistung, wie Dividenden, Pachteinnahmen und Zinserträge. In 2007 haben die Banken 327 Mrd. Euro Zinsen an die Sparer weitergegeben. Denn auf der anderen Seite stehen den Vermögen ja Schulden in fast gleicher Höhe gegenüber (7,6 Billionen Euro). Und die dafür aufzubringenden Schuldzinsen von 420 Mrd. Euro in 2007 lasteten auf der gesamten Gesellschaft. Daher sind auch die aktuellen Konjunkturpakete, mit denen man der Krise begegnen will, keine nachhaltige Lösung, denn sie führen zu

gigantischer Neuverschuldung. Lesen Sie dazu den Beitrag von Klaus Popp. (S. 8)

Man kann Vermögen – und vor allem ihren Zuwachs! – also durchaus kritisch hinterfragen. „Wir zahlen nicht für Eure Krise!“, heißt es bei Attac. Wir können ergänzen: „Wir zahlen nicht für Eure Vermögen(szuwächse)!“ Dass all die Zahlen letztlich Hirngespinnste sind, die wie Seifenblasen zerplatzen können, darauf weist Prof. Arno Gahrman in seinem Artikel hin. (S. 6) Immer mehr sollen wir alle darauf vertrauen, dass das was man uns vorrechnet, sich irgendwann erfüllt. Mit „kapitalgedeckter Altersvorsorge“ und „Volksaktien“ wird die breite Masse auf die Zukunft vertröstet – während eine reiche Minderheit sich schon jetzt jeden Luxus leistet und immer mehr von dem privatisiert, was eigentlich allen zusteht. So ist derzeit zu beobachten, wie weltweit immer mehr mit landwirtschaftlichen Flächen spekuliert wird. Uwe Hoering berichtet über diese „neue Landnahme“. (S. 18)

Unsere Themen Geld- und Bodenreform sind also hochaktuell! Helfen Sie der INWO, den „Nebel um das Geld“ (S. 3) zu lichten! Dazu haben wir u.a. eine neue Postkarte zum Verteilen erstellt, die Sie als Mitglied gratis bestellen können. (S. 21)

Ich wünsche Ihnen einen engagierten Start in den Frühling!

Ihre

Inhalt

- 3 Der Nebel um das Geld
- 4 Vermögen immer ungleicher verteilt
- 6 Die verlorene Unschuld des Vermögens
- 8 Ratlose Ratgeber
- 10 Medienspiegel
- 11 Termine
- 12 INWO Deutschland
- 14 INWO Schweiz
- 16 Gier und Ethik
- 18 Die neue Landnahme
- 20 Zeitvorsorge – ein ergänzendes Pflege-sicherungsmodell
- 21 Buchvorstellungen

Impressum

FAIRCONOMY 5. Jahrgang, Nr. 1 März 2009, ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

Redaktion

Beate Bockting (V.i.S.d.P.), Wera Wendnagel, Roland Stebler, Frank Moser, E-Mail: Redaktion@INWO.de

Abo-E-Mail

Versand@INWO.de

Auflage

2.700 Exemplare; davon 750 als „r-evolution“ (INWO Schweiz)

Bildnachweis

Titelseite: photocase.com – photohai/Umbach-Design, INWO-Materialien: SMARTI-d – Andreas Franke, Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage, 4 und 5: Hans-Böckler-Stiftung 2009, 5 unten: <http://www.dailymotion.com>, 7: Eugen Kment, Zeichnung S. 8: Andreas Franke, 8 und 9: photocase.com – Dommy, 16 und 17: photocase.com – stm, 18: photocase.com – SirName, 19: photocase.com – Hita ONE, 20: Unterguggenberger Institut Wörgl

Layout

Umbach-Design, Grafik und Mediengestaltung, Münster

Druck u. Versand

Druckhaus Klingenfuß GmbH, Münster

Herausgeberin & Abo-Kontakt

INWO Deutschland e.V., Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg, Telefon: +49 6623 919601, Fax: +49 6623 919602, E-Mail: INWO@INWO.de, <http://www.INWO.de>,

Kontoverbindung

Konto 6010451400 bei der GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum (BLZ: 430 609 67) IBAN: DE 32430609676010451400, BIC: GENO DE M 1 GLS

Die FAIRCONOMY ist die Zeitschrift der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.). Mit dieser Zeitschrift machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam und informieren unsere Mitglieder. FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft ohne kapitalis-

tische Auswüchse. Voraussetzung für die FAIRCONOMY ist eine Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.

Der Nebel um das Geld

Die Zuspitzung der Weltfinanzkrise 2008 und ihre Ausweitung zur Weltwirtschaftskrise kam für die meisten Politiker, Wirtschafts- und Finanzexperten völlig überraschend. Für Menschen, die sich bereits länger mit der Geldproblematik beschäftigen, war es keine Überraschung, ganz im Gegenteil.

Schon das Titelbild meines Buches „Der Nebel um das Geld“, das seit der 1. Auflage 1996 unverändert geblieben ist, deutet an, dass die Verknüpfung von Geld und Zins Krisentendenzen hervor treibt, die sich immer mehr verschärfen müssen, wenn nicht wesentliche Grundlagen des bestehenden Geldsystems verändert werden. Es weist auch darauf hin, dass dieser Zusammenhang wie durch eine dichte Nebelwand verschleiert ist. Was 1996 noch mehr oder weniger unter der Oberfläche brodelte, ist nun mit aller Vehemenz an die Oberfläche durchgebrochen.

Tiefere Ursachen der Krise

Obwohl die 1. Auflage schon vor 13 Jahren erschien, besteht für mich bis heute kein Anlass für inhaltliche oder didaktische Korrekturen. Die allgemein verständliche Vermittlung funktioneller Zusammenhänge des Geldsystems und internationaler Währungssysteme ist und bleibt wichtig. Spätestens jetzt, wenn schon nicht lange Jahre vorher, ist es an der Zeit, die tieferen Ursachen der Weltfinanzkrise aufzuarbeiten und die notwendigen Konsequenzen daraus zu ziehen – anstatt (wie so weit verbreitet) dem Wesentlichen auszuweichen und lediglich mit höchst fragwürdigen und gefährlichen Mitteln die Symptome zu bekämpfen.

„Das vom Zinssystem hervor getriebene exponentielle Wachstum der Geldvermögen bedeutet auch ein exponentielles Wachstum der Schulden – und der jährlich aufzubringenden Zinslasten, unter denen immer mehr Schuldner zusammenbrechen müssen. Denn Geldvermögen und Schulden sind Spiegelbilder.“

Solide dingliche Sicherungen der Kredite können mit dem Schuldenwachstum auf Dauer unmöglich Schritt halten, und also trägt das System die Tendenz zu immer leichtfertiger Kreditvergabe und zur Herausbildung von Spekulationsblasen in sich. Die Banken, Investmentfonds und Hedgefonds folgen lediglich dem systembedingten „monetären Stauungsdruck“. Individuelle Schuldzuweisungen und das Beklagen von Gier und Verantwortungslosigkeit von Bankmanagern greifen dabei viel zu kurz. Die Spielregeln des Systems gilt es grundlegend zu verändern, damit sich solche und ähnliche Fehlentwicklungen nicht wiederholen können.

Der Zins ist nach meinen Erkenntnissen allerdings nicht der einzige Problempunkt im bestehenden Geldsystem. Weitere Probleme liegen in der Art der Geld- und Kreditschöpfung des Bankensystems und in der Schuldenfinanzierung des Staatshaushalts – sowie in der globalen Entgrenzung gegenüber spekulativen Kapitalströmen im Zuge von Neoliberalismus und Globalisierung. Diese Zusammenhänge werden in meinen Büchern „Der Tanz um den Gewinn“ bzw. „Die blinden Flecken der Ökonomie“ ausführlich abgeleitet.

Wachsendes Interesse am Geldthema

Während die Massenmedien solchen grundlegenden Betrachtungen immer noch viel zu wenig Raum geben, ist ein wachsendes Interesse daran im Internet zu beobachten. So hat zum Beispiel ein Vortrag von mir auf



Video über „Tiefere Ursachen der Weltfinanzkrise“ von Oktober 2008 bis Mitte Februar 2009 eine Zugriffszahl von rund 50.000 erreicht. Manchmal braucht es wohl erst die Zuspitzung von Krisen, um ein wachsendes Interesse an tieferen Ursachen und

möglichen Auswegen entstehen zu lassen. In solchen Zeiten zeigt sich auch, dass es richtig war und ist, unabhängig vom jeweils herrschenden Trend geduldig und unbeirrt an tieferen Einsichten dran zu bleiben und sie so verständlich wie möglich in die Öffentlichkeit zu tragen. Ich hoffe, dass meine Bücher weiterhin mit dazu beitragen, die kollektive Verdrängung der Problematik des Geldsystems mehr und mehr aufzulösen und langfristig tragfähige – sozial- und umweltverträgliche – Grundlagen eines anderen Geldsystems und Wirtschaftens zu schaffen.



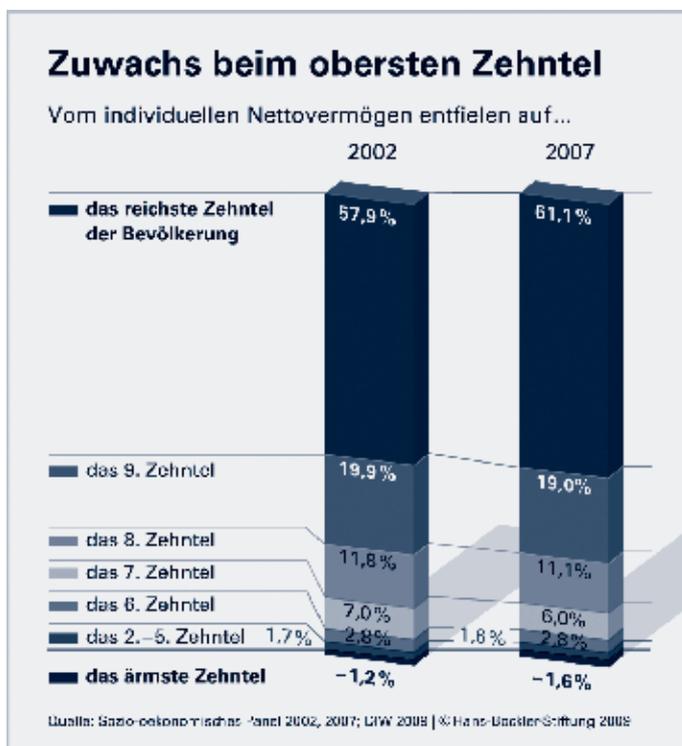
Bernd Senf, geboren 1944, lehrt seit 1973 als Professor für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule für Wirtschaft in Berlin. Ein Schwerpunkt seiner Arbeit liegt in der allgemeinverständlichen Vermittlung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge. Er ist Autor dreier viel gelesener Bücher rund um das Thema Geld: „Der Nebel um das Geld“ (1996), „Die blinden Flecken der Ökonomie“ (2001) und „Der Tanz um den Gewinn“ (2004). Homepage: www.berndsenf.de

Bei diesem Beitrag handelt es sich um die leicht überarbeitete Fassung des Vorworts zur 10. Auflage.

zusätzliche Infos zum Buch auf Seite 5

Vermögen in Deutschland immer ungleicher verteilt

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) hat im Januar eine neue, von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studie über die Vermögensverteilung in Deutschland vorgelegt. Das reichste Zehntel der Bevölkerung verfügt mittlerweile über 61,1 Prozent des gesamten privaten Vermögens im Lande.



Bericht aufgezeigte Entwicklung weitgehend verantwortlich sein dürfte: Durch Zinserträge wird weiteres Einkommen erwirtschaftet.

Besitzen Sie 88.000 Euro?

Grundlage der Untersuchung sind die Erhebungen des sozio-ökonomischen Panels (SOEP) der Jahre 2002 und 2007. Der nun vorgelegten Studie zufolge verfügen rund zwei Drittel der erwachsenen Bevölkerung über kein oder nur ein geringes

88.000 Euro - fast 8.000 Euro mehr als 2002. Diese Durchschnittsgröße sagt allerdings nur sehr wenig über die reale Verteilung des Wohlstandes aus.

„Entsparen“ insbesondere in Ostdeutschland

Ein Ergebnis der Studie ist, dass sich die Vermögensunterschiede zwischen West- und Ostdeutschland zwischen 2002 und 2007 stark vergrößert haben. Während es bei den gesamtdeutschen Vermögensbeständen zwischen 2002 und 2007 einen Zuwachs gab, sind sie im Osten zurückgegangen, was mit dem Wertverlust der ostdeutschen Immobilien und der hohen Arbeitslosigkeit dort zusammenhängt. Die Regelungen des Arbeitslosengeldes II dürften „zu einem stärkeren Entsparen im Falle von Arbeitslosigkeit beigetragen haben, da eigenes Vermögen zunächst weitgehend aufgezehrt werden muss, bevor diese staatliche Unterstützung in Anspruch genommen werden kann“, heißt es in der Studie. Damit wächst - insbesondere in Ostdeutschland - das Risiko der Altersarmut, wenn außer der normalen Rente, deren Niveau voraussichtlich weiter sinken wird, keine Alterssicherung mehr vorhanden ist. Dieses „Entsparen“ findet also ganz offensichtlich am falschen Ende der Verteilungsskala statt!

Konzentration am oberen Ende: Das reichste Zehntel der Bevölkerung hat seinen Anteil am gesamten Vermögen in den letzten Jahren auf über 60 Prozent ausgebaut.

Gleich zu Anfang der Studie stellen die Autoren Joachim R. Frick und Markus M. Grabka fest: „Neben dem regelmäßigen Einkommen einer Person leistet das Vermögen als Summe aller geldwerten Güter einen wichtigen Beitrag zur individuellen ökonomischen Wohlfahrt.“ Leider fehlt hier der Zusatz, dass die Vermögen der einen aus den Einkommen der anderen bedient werden, und daher in diesem System nicht alle individuelle Wohlfahrt erleben dürfen. In einer Auflistung der Vermögensfunktionen wird jedoch als erste die Einkommensfunktion erwähnt, die für die im

Geld- oder Sachvermögen. 27 Prozent haben sogar netto gar kein Vermögen oder mehr Schulden als Besitz.

Das private Brutto-Vermögen der Deutschen (ohne Auto und Hausrat) wird für 2007 auf ca. 8,055 Billionen Euro beziffert. 5,3 Billionen Euro davon sind Grund- und Immobilienbesitz. Maßgeblich für den erneuten Anstieg war die Zunahme der Geldvermögen sowie der Vermögen aus privaten Versicherungen. Das Nettogesamtvermögen lag bei etwa 6,6 Billionen Euro, denn die Privathaushalte hatten auf der anderen Seite auch rund 1,4 Billionen Euro an Verbindlichkeiten angesammelt. Damit verfügte jeder Erwachsene rein rechnerisch über ein Nettovermögen von ca.

Zunehmende Konzentration der Vermögen

Die Vermögen konzentrieren sich zunehmend bei den reicheren Bevölkerungsgruppen, die vor allem in Westdeutschland leben. Das durchschnittliche Nettovermögen des wohlhabendsten Zehntels der Bevölkerung stieg von 208.000 auf über 222.000 Euro an. Ins-

gesamt gesehen verfügte diese Gruppe im Jahr 2007 über 61,1 Prozent des gesamten privaten Vermögens in unserem Lande. 2002 waren es noch 57,9 Prozent. Das reichste Prozent der Bevölkerung besaß in 2007 im Durchschnitt 817.000 Euro, gegenüber 743.000 Euro in 2002 - eine Zunahme um durchschnittlich 74.000 Euro in nur fünf Jahren. Dr. Markus Grabka:

Die obersten ein Prozent, also die Allerreichsten in Deutschland, verfügen über knapp ein Viertel des Gesamtvermögens.

Die weniger wohlhabenden 70 Prozent der erwachsenen Bevölkerung besaßen dagegen nur knapp 9 Prozent des Gesamtvermögens - 1,5 Prozent weniger als 2002. Die Autoren gehen davon aus, dass sich die Schere bei der Vermögensverteilung künftig noch weiter öffnen wird.

Kein Vermögen – kein Einkommen?

Ihre Vermögensentwicklung hängt mit der Einkommenssituation der Menschen zusammen. Das durchschnittliche Nettovermögen der 30 Prozent mit den geringsten Einkommen ging zwischen 2002 und 2007 sogar nominal - also ohne Berücksichtigung der Preissteigerung - zurück. Im mittleren Ein-



Private Versicherungen und Geld sind die verbreitetsten Vermögensformen. Betriebsvermögen besitzen nur gut vier Prozent der Erwachsenen.

kommenssegment stagnierten die Vermögen. Dagegen wuchsen sie ab dem achten Einkommenszehntel. Wer in der Einkommenshierarchie zu den obersten zehn Prozent zählte, hatte 2007 durchschnittlich 60.000 Euro mehr Vermögen als 2002. Selbständige und Unternehmer verzeichneten von 2002 bis 2007

den höchsten Vermögensanstieg. Qualifizierte und leitende Angestellte sowie höhere Beamte erreichten kleine Zuwächse. Bei geringer qualifizierten Arbeitern, Angestellten und Beamten schrumpfte das Durchschnittsvermögen hingegen leicht. Deutlich ärmer wurden Nichterwerbstätige und Arbeitslose, bei denen das durchschnittliche Nettovermögen sogar um 13 Prozent oder rund 7.400 Euro sank. Auf die Frage, wie man dieser ungerechten Entwicklung begegnen kann, gibt die Studie leider keine grundlegenden Antworten. Es wird lediglich angeregt, die Erbschaftssteuerreform, die wegen einer deutlichen Anhebung der Freibeträge zu einer weiteren Vermögenskonzentration führen dürfte, noch einmal zu überdenken. Außerdem wird die seit Anfang Januar geltende Abgeltungsteuer kritisiert, da sie für die Bezieher höherer Vermögenseinkommen vorteilhaft ist.

Beate Bocking

Weitere Informationen bei der Hans-Böckler-Stiftung: http://www.boeckler.de/32014_94194.html. Die komplette Untersuchung findet sich im DIW-Wochenbericht 4/2009: <http://www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/wochenbericht/26930.html>

Der Nebel um das Geld

Die 10. Auflage von „Der Nebel um das Geld“ erscheint gerade neu im Gauke Verlag. Die 9. Auflage ist restlos vergriffen
Bernd Senf: Der Nebel um das Geld. Zinsproblematik – Währungssysteme – Wirtschaftskrisen. Ein Aufklärungsbuch. 254 Seiten, ISBN 978-3-87998-435-0, 22,00 Euro

Ohne Wachstum in die Wirtschaftskrise, mit Wachstum in die Umweltkrise – das sind die Alternativen, die das gegenwärtige Wirtschaftssystem bietet. Ein Ausweg aus diesem Dilemma besteht in einer Korrektur des derzeitigen Geldsystems.

Aus dem Inhalt:

- Auf der Suche nach den Geheimnissen des Geldes
- Naturaltausch > allgemeine Zahlungsmittel

- > Goldwährung
- Die fatalen Folgen der Goldillusion
- Geldschöpfung und Staatsverschuldung
- Währungsentwicklung und Währungskrisen in Deutschland
- Ursachen und Folgen von Inflation und Deflation
- Der Zins als Ursache bzw. Verstärker der Krisen von Wirtschaft, Umwelt, Gesellschaft, Staat und 3. Welt
- Instrumente und Probleme der Geldpolitik
- Mögliche Alternativen zum bestehenden Geld- und Zinssystem
- Bretton-Woods-System und Dollar-Herrschaft
- Europäisches Währungssystem und Devisenspekulation
- Europäische Währungsunion: Chance oder Gefahr für Europa?



Unter der Internetadresse <http://www.dailymotion.com> (Suchbegriff: Bernd Senf) wurden in den letzten Monaten vier Vorträge von Bernd Senf als Video bereit gestellt und bereits rund 50.000 Mal abgerufen. Ausschnitte daraus gibt es inzwischen unter www.INWO.de/Videos. Sein Buch „Die blinden Flecken der Ökonomie“ ist bei amazon seit Wochen der meistgefragte Artikel im Bereich Wirtschaftstheorie, noch vor Adam Smiths „Der Wohlstand der Nationen“.

Die verlorene Unschuld des Vermögens

Durchschnittlich 135.000 Euro **lasten** auf jedem Bundesbürger! Doch nicht nur die ökonomischen Vermögen sind letztlich Hirn-gespinnste, sondern auch die Verluste daraus. Diese Erkenntnis sollte uns das Umsteuern zu einem nachhaltigen Mitteleinsatz und zu einer stabilen Kreislaufwirtschaft erleichtern.

Die Bilanzen selbst größter Weltunternehmen weisen ihre Vermögen unter peinlicher Befolgung der Rechnungslegungsvorschriften bis auf den Cent genau aus. Gleichzeitig zerbröselte die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise die Börsenwerte dieser Unternehmen in trostlose Bruchteile. Ebenso drastisch weichen mittlerweile die Buchwerte von Immobilien oder Rohstoffvorräten von ihren stark gefallen Markt-werten ab. Welcher Wert gilt nun? Keiner von beiden! Was auf der Jagd nach hohen Bilanz- und Renditezahlen nämlich nicht bedacht wird, ist, dass sich das ökonomische Vermögen aus nichts anderem speist als den erwarteten zukünftigen Erträgen. Dies ist offensichtlich bei den von Gewinnprognosen und -warnungen getriebenen Aktienpreisen, es ist bei Immobilien zu beobachten, deren Wert mit der zukünftigen Vermietungsperspektive schwankt, und bei Autofirmen, deren Fahrzeuge nicht mehr zukunftsfähig sind.

Denkfehler der Ökonomie

Solange eine positive Grundstimmung herrschte, schaukelten sich Gewinnerwartungen und Vermögen als deren Gegenwert gegenseitig hoch und „produzierten“ papierene Traumrenditen – bis ein Bankzusammenbruch die Traumtänzer stürzen und verzweifelt festen Grund suchen lässt. Doch wo ist dieser in Zeiten ständiger Umbrüche, im Sekundentakt wechselnder Produkte wie Preise wie Käufer vorlieben und ungewisser Leistungen wie Bildung, Gesundheit und nicht zuletzt der Rente?

Was man wann zu welchem Preis unter welchen Voraussetzungen wo und überhaupt erhält, benötigt oder verkaufen kann - dieses als ‚Vermögen‘ vermeintlich in Zahlen fassen zu können, war von Beginn an ein Denk-

fehler der Ökonomie. Voll wirksam und für alle spürbar wurde er allerdings erst in der schwirrenden, ungehemmten globalen Ökonomie, die den Beteiligten keinerlei verlässliche Preis- und Mengenprognosen mehr erlaubt. Jede Vermögens- und Renditeberechnung ist hier genauso sinn- und substanzlos wie der Versuch, aus einer aktuellen Situation eines Fußballspiels heraus auf Spieler- und Ballverteilung in naher Zukunft schließen zu wollen.

Vermögen belasten uns

Auch der von der Bundesbank auf rund 11.000 Milliarden Euro geschätzte Wert des „Kapitalstocks“ in Deutschland ist eine Chimäre, die im Grunde bedeutet:

„Auf jedem Kopf der Bevölkerung lasten durchschnittlich 135.000 Euro, die an die Vermögensbesitzer in Form von Gewinnen und Zinsen, die in den Preisen stecken, abgeführt bzw. abgepresst werden wollen.“

Die 60.000 Euro-Geländekarossen, von denen letztlich nur knapp 30.000 Euro den Arbeitnehmern zugute kommen, die größere Hälfte aber an das Kapital geht, sind die Symbole dieses neuartigen Feudalismus.

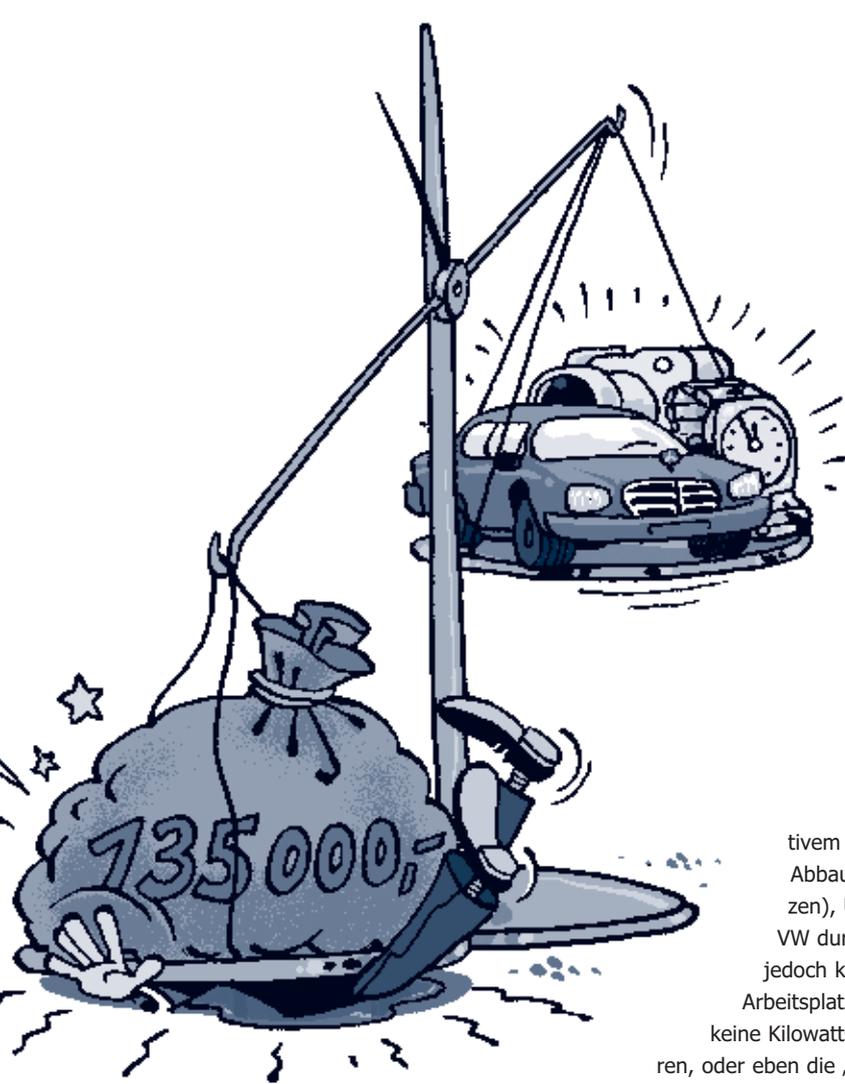
Doch wie sollen die 90 Prozent der Haushalte, die schon heute die verbleibenden 10 Prozent mit ihren Nettokapitalzahlungen subventionieren (vgl. die bekannten Berechnungen von Helmut Creutz), jemals diesen Betrag aufbringen können? Gestundet und vermehrt wird diese Forderung von 135.000 Euro durch die private und staatliche Verschuldung, ausgeglichen werden aber könnte sie nur bei völliger Gleichverteilung der Vermögen.

Unbequeme Wahrheit

Sowenig somit die ökonomischen Vermögen einen irgendwie verbindlichen Wert besitzen können, genausowenig aber auch die errechneten Verluste! Nur der einzelne Kleinaktionär kann zu Recht trauern, dass er seine Aktien nicht vor dem Crash verkauft hat. Alle Aktionäre, Immobilien- oder Rohstoffbesitzer zusammen hätten die stets nur augenblicklichen Marktwerte ihrer Vermögen ohnehin niemals erzielt, weil der Markt bei massiven Verkäufen sofort die Preise gedrückt hätte.

Lange Zeit konnte diese unbequeme Wahrheit sowohl von Politikern als auch von Ökonomen und den von ihnen plötzlich so gescholtenen Sündenböcken, den Managern, bequem verdrängt werden. Jetzt lässt sie selbst die marktgläubigsten Neoliberalen konvertieren und sich auf die reale Wirtschaft und ihr Umfeld besinnen. Sie erkennen, was schon Friedrich List propagierte, nämlich dass Zukunft gestaltet werden muss und sich nicht mittels privater Reichtumsmehrung einstellt.

Vor wenigen Jahren hatte die IG BAU gefordert, die überschüssige Liquidität von Unternehmen und Vermögensbesitzern zinslos für zukunftssichernde Investitionen in Infrastruktur und Energieeffizienz, Bildung und Gesundheit zu verwenden. Wenn auch von Peter Struck wieder ins Gespräch gebracht, doch als „Reichenanleihe“ diffamiert, wird dieses Konzept leider nicht mehr diskutiert. Vielleicht, weil man ja angesichts der gewaltigen Neuverschuldung sein Geld wieder rentabel beim Staat anlegen kann und es nicht mehr in Zertifikaten und Termingeschäften zu versenken braucht...



Nächste Krise vorprogrammiert

Neben nachhaltiger Verbesserung der physischen und geistigen Infrastruktur sehen die aktuellen Rettungspakete auch massive Unterstützungen für die PKW-Industrie vor. Zweifellos wäre es schäbig und gefährlich, diese Branche und ihre Arbeitnehmer in der Finanz- und Absatztraufe plötzlich zusammenbrechen zu lassen, nachdem sie von der Politik gegen alle Mahnungen von Umweltschützern und weiter denkenden Verkehrswissenschaftlern verhätschelt und gepöppelt worden ist. Doch nur 13 Prozent ihres Umsatzes wandern auf die Gehaltskonten (15 Prozent bei VW und 11 Prozent bei Audi). Bei typischen Personalkosten der Zulieferer von 20 Prozent und Materialkosten von 65 Prozent errechnet sich für die gesamte Herstellungskette nur ein Anteil von höchstens 50 Prozent, zu dem die Kfz-Verkaufserlöse in den Taschen der Arbeitnehmer landen.

Der Umkehrschluss erst aber erhellt die Zweischneidigkeit solcher Rettungsaktionen: Mehr als die Hälfte aller Ausgaben für neue Fahrzeuge gehen in Zinsen und Cash Flow ein, erhöhen damit entsprechend die Liquidität der Wirtschaft. Und diese wiederum sucht verzweifelt nach rentablen Anlagen. Dies sind entweder Produktionserweiterungen (entfallen angesichts der weltweiten Überkapazitäten), Rationalisierungen (führen zu weiterem rela-

tivem oder absolutem Abbau von Arbeitsplätzen), Übernahmen (wie VW durch Porsche), die jedoch keinen einzigen Arbeitsplatz schaffen und keine Kilowattstunde einsparen, oder eben die „Produkte“ der Finanzwelt. Damit würde ein gefährlicher Treibsatz für die nächste Krise geliefert werden, die dann ökologischer, sozialer oder finanzieller Art wäre: Autos gegen Klimaschutz, weitere Rationalisierung oder erneute Liquiditätsschwemme.

Regionale Kreislaufwirtschaft stabilisiert

Diese Liquiditätsschwemme (alleine etwa 100 Mrd. Euro bei den DAX-Unternehmen!) konnte erst aufgrund von großzügigen, jedoch nicht investierten Steuersenkungen, Monopolpreisen oder niedrigen Personalkosten entstehen. Sie landete aber nicht in Mangelbereichen von Wirtschaft und Gesellschaft, sondern in virtuellen Finanzanlagen, von deren Renditeversprechen dann wieder ein Kosten- und Effizienzdruck auf Mensch und Natur ausgeübt wurde.

„Der Turbo ist raus“, sagte kürzlich der Chef der Bremer Lagerhausgesellschaft, Detthold Aden im Weser-Kurier. Und er sollte draußen bleiben, wollen wir nicht weiterhin dopinggleich am Rande der Belastung wirtschaften.

„Deshalb brauchen wir einen stabilen und mäßigen Gegenpol zur renditegetriebenen und von der Weltwirtschaft abhängigen Exportindustrie in Form einer regionalen Kreislaufwirtschaft.“

Sie ist sicher nicht hochrentabel, aber sozial verbindend, arbeits- statt kapitalintensiv, ökologisch verträglich und ökonomisch stabilisierend. An Stelle einmaliger Strohfeder durch Straßenbauten und PKW-Käufe würde insbesondere ein Energieeffizienzprogramm über Jahrzehnte hinweg regionale Ressourcen an Arbeitskräften, Energie und Material einsetzen und technologische Entwicklungen auf zukunftsträchtigeren Gebieten anregen als in der Perfektionierung zum Aussterben verurteilter PS-Boliden. Und statt voll funktionsfähige, erst neun Jahre alte Autos zu verschrotten, würde eine Rücknahmepflicht von Fahrzeugen und anderen großen Gebrauchsgütern ein regionales Netz qualifizierter Aufbereitungsstätten schaffen. Diese könnten den Bestand arbeitsintensiv und ressourcenschonend auf dem neuesten technologischen und ökologischen Stand halten, und das wäre wegen der im Verhältnis zu Neuanschaffungen viel niedrigeren Kosten stabil gegen Konjunkturschwankungen.



Arno Gahrman, geb. 1945, Diplom-Wirtschaftsingenieur, ist Professor für Finanzierung und Investition an der Hochschule Bremen. Er forscht über die Rolle der Ökonomie in der Nachhaltigkeit. 2004 verfasste er zusammen mit Henning Osmer „Zukunft kann man nicht kaufen. Ein folgenschwerer Denkfehler in der globalen Ökonomie“.

Ratlose Ratgeber

Ökonomen jedweder Couleur wissen sich keinen Rat. „Es droht eine Rezession!“, „Wir brauchen ein Konjunkturprogramm!“... Der Staat soll noch mehr Schulden machen, weil die Bürger nicht mehr genügend konsumieren wollen oder können. Nach 60 Jahren Wirtschaftswachstum fällt den Ökonomen nichts Besseres ein, als noch mehr Wachstum zu fordern.

Ausgelöst durch eine ungebremste Spekulationsgier und durch naiven Wachstumsglauben ist etlichen Finanzinstituten die finanzielle Basis verloren gegangen. Der Geldkreislauf kam ins Stocken und mithin trübte sich die bislang ungebrochene Erwartung ein, all die schönen Finanzprodukte würden in den Himmel wachsen. Verdrängt wurde die simple Wahrheit, dass kein System, keine Wirtschaft bei permanentem Wachstum davor bewahrt bleibt, irgendwann zusammenzubrechen. Wenn sich die Wetteinsätze der Zocker um das Tausendfache von den realen Werten entfernen, kommt zwangsläufig der Punkt, da einer clever genug ist, rechtzeitig auszustiegen. Einige Schlaue folgen, die Kurse fallen... und wer zu lange zögert, verliert. Diese Entwicklung ist keine überraschende Ausnahme, sondern eine zyklisch auftretende Selbstverständlichkeit.

Die Spekulationsblasen waren aber nur der Auslöser der Entwicklung. Das Problem der Produktionsgesellschaft besteht darin, dass die Gewinnspannen nicht mehr ausreichen, um die verlangten Renditen zu erzielen. Durch die Sättigung der Märkte fallen die Erträge des Sachkapitals. Das Finanzkapital verweigert sich dann jenen Investitionen, die nur geringe oder keine Kapitalrendite erbringen. Daher ist es auch falsch, von einer Krise zu sprechen. Es ist vielmehr ein Konstruktionsfehler des Systems, dass sich Kapital dem Markt verweigern kann, wenn die Rendite gegen Null sinkt.

Immer neue Schulden für Wachstum?

Seit Jahren wurden die Regierungen aufgefordert, den Staat abzubauen und die Schulden zurückzufahren. Die selben Berater drängen nun darauf, mehr Geld auszugeben, als ihnen noch vor einem Jahr ratsam und notwendig erschien. Nach dem Motto „Was schert mich mein Geschwätz von gestern?“ werden neue Gutachten erstellt. Die US-Regierung will mit einem Volumen von 1.000 Mrd. Dollar die Wirtschaft ankurbeln. Die europäischen Staa-



Die mit den Vermögen ansteigenden Zinslasten führen zum Untergang der Wirtschaft.

ten ziehen mit. Die Bundesregierung nimmt plötzlich viel Geld in die Hand, um Schulen und Straßen zu sanieren, als wäre gerade ein jahrzehntelanger Bürgerkrieg zu Ende gegangen. Mit Steuernachlässen und „Abwrackprämien“ sollen Käufer für neue Autos gewonnen werden, als müssten die Bürger ansonsten mit dem Eselkarren übers Land ziehen. Diese maßlose Erhöhung der Staatsverschuldung wird den Bürgern als tatkräftiges Handeln verkauft.

Schulden erhöhen ist jedoch keine Basis für eine stabile Gesellschaft. Dergleichen Konjunkturprogramme sind letzten Endes kontraproduktiv.

„Die steigenden Zinslasten verhindern eine nachhaltige Entwicklung.“

Gerade die gewaltigen Zinsausgaben der letzten Jahrzehnte waren es doch, die notwendige Investitionen bei Bund, Ländern und Gemeinden, zum Beispiel im Schulbereich, verhindert haben! Nun werden mit neuen Schulden die Investitionen getätigt, die man wegen der hohen Zinsausgaben seit Jahren vor sich her schieben musste.

Die Spanne zwischen Wachstumsrate und Zinssatz ist die entscheidende Belastung für die Unternehmen. Erst wenn das Zinsniveau im Gleichschritt mit der Wirtschaftsleistung absinkt, können Betriebe nachhaltig wirtschaften. Nur unter dieser Bedingung kann eine Volkswirtschaft auch ohne grenzenloses Wachstum funktionieren. Die aktuellen Kapitalkosten können in der Überangebotsituation nicht ausreichend über die Preise an die Konsumenten weitergegeben werden. Die Folge sind Entlassungen und höherer Leistungsdruck bei den Beschäftigten. Das spüren die Journalisten in den Verlagshäusern gleichermaßen wie die Arbeiter in der Fabrikhalle und die LKW-Fahrer auf den Straßen. Auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst stehen unter diesem immer höheren Druck.



Spekulation eindämmen

Die Krise wird von einem mangelhaften Geldsystem verursacht. Die Banken sitzen auf ihren Beständen wie die Henne auf dem Ei. Bundesbankpräsident Axel Weber referierte im November 2008, dass der Handel der Banken untereinander de facto ausgetrocknet sei. Die Institute leihen sich kein Geld mehr, weil sie sich nicht mehr vertrauen können. Um dies zukünftig zu verhindern, ist zunächst eine klare Trennung zwischen Geldvermittlungsgeschäften und Spekulationsgeschäften vorzunehmen.

Renditen von 25 Prozent sind nur mit Spekulationen und höchstem Risiko zu erzielen. Anleger, die derart überzogene Renditen wollen, brauchen eine Spielbank und müssen wissen, dass sie gewinnen aber auch verlieren können. Geschäftsbanken sollten dagegen mit ihren Einlagen nur das Risiko eingehen, das ihre Kunden ihnen vorgeben. Vorsichtigen Sparern dürfen seriöse Banken nur sichere Investitionen mit entsprechend geringeren Gewinnen vermitteln. Das Eigenkapital und Geld, das man sich für das Tagesgeschäft bei anderen Institutionen leiht, ist von einem seriösen Institut nicht zur Spekulation einzusetzen. Eine transparente Trennung zwischen Spekulieren und Investieren ist die beste Absicherung für Banken und andere Institutionen, sowie für deren Kunden.

Dem Geld Beine machen

Auch die Sparer halten sich bei genauerer Betrachtung relativ liquide, anstatt ihr Geld auszugeben oder langfristig anzulegen. Die Geldzirkulation stockt, obwohl, oder gerade weil die Leitzinsen nahe Null sind. Der niedrige Leitzins versagt bei der Aufgabe, die

Wirtschaft mit billigen Krediten zu versorgen und das Geld im Umlauf zu halten. An diesem Punkt muss der Hebel angesetzt werden.

Der entscheidende Schritt auf dem Weg zu einer nachhaltigen und wachstumsneutralen Wirtschaft besteht darin, dem Geld Beine zu machen. Eine zentrale Aufgabe des Finanzsektors ist die Versorgung der Wirtschaft mit ausreichender Liquidität. Seit Ende 2007 haben sich die Bedingungen deutlich verschärft, zu denen sich die Firmen mit frischem Geld versorgen können. Zum einen haben die Banken Probleme, sich selber ausreichend zu finanzieren. Zum anderen geht die Sorge um, nachlassende Umsätze würden es den Betrieben erschweren, Zins und Tilgung zu erwirtschaften.

In einer Sättigungsphase ist es unvermeidbar, dass die Gewinnspannen der Wirtschaftsunternehmen zurückgehen. Die Herausforderung besteht darin, ihnen entsprechend bessere Kreditkonditionen zur Verfügung zu stellen. Während die Zinssätze der Notenbanken gegen Null fallen, bleiben die Zinssätze für Firmenkredite jedoch deutlich über 5 Prozent. Obwohl die Geldvermögen permanent anwachsen und die Nachfrage nach Krediten begrenzt ist, sinkt der Preis des Geldes für Neuinvestitionen nicht ausreichend.

„Unter diesen Bedingungen ist eine hinreichende Finanzierung der dringend anstehenden Energiewende gar nicht denkbar. Schon die derzeit scheinbar niedrigen Zinssätze sind für die Bewältigung der vor uns liegenden Aufgaben viel zu hoch.“

Alternative zum Schuldenmachen

Die Lösung besteht in einer Liquiditätsabgabe auf das Zentralbankgeld. Das Zurückhalten von Liquidität aus dem Markt muss Geschäftsbanken und Sparern Kosten verursachen. Der Kostendruck veranlasst sie, verfügbares Geld freizugeben. Diese Bestände stehen dann dem Interbankenmarkt bzw. dem Kreditmarkt zur Verfügung. Wenn die Geldzirkulation auch bei niedrigsten Zinssätzen gewährleistet wird, werden Unternehmen und öffentliche Haushalte entlastet. Einsparungen bei den Zinslasten stehen für Investitionen und Löhne zur Verfügung. Die Firmen können Auftragsrückgänge verkraften und Arbeitszeiten ohne schmerzhaftes Lohnneinbußen dem Bedarf anpassen. Geld, das sich bei einem Null-Zins-Niveau nicht dem Markt entziehen kann, ist die zeitgemäße Alternative zum Schuldenmachen. Gespart werden kann unter den neuen Gegebenheiten auch weiterhin und auch der Sparer profitiert von dem stabileren Geld. Nur das Überwachstum der Geldvermögen durch Zins und Zinseszins, das letztlich die regelmäßig auftretenden Spekulationsblasen erst verursacht, das geht zurück.



Klaus Popp, Referent der Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung, Seminarleiter und Autor mit dem Schwerpunkt Fairconomy. Letzte Buchveröffentlichung: „Das Märchen vom guten Zins“, Signum-Verlag 2006, 180 Seiten, 7,95 Euro, ISBN: 3-7766-8005-9; siehe auch www.klaus-popp.info.

Medienspiegel

Interviews

Ein absolut lesenswertes Interview mit Prof. Bernd Senf veröffentlichte der „Tagesspiegel“ am 10. Februar 2009. (siehe <http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/Finanzen-Finanzkrise-Bernd-Senf;art130,2727660>).

Bereits am 11.11.2008 druckte die „Süddeutsche Zeitung“ ein Interview mit Prof. Margrit Kennedy ab.

Helmut Creutz: nach wie vor unerreicht

Vorbildgebend waren die Aktivitäten von Helmut Creutz: Die Monatszeitschrift „Contraste“ veröffentlichte im Januar 2009 seinen Aufsatz „Die Bankenkrise ist in aller Munde – aber nicht ihre Ursache“. Viele Leserbriefe – unter anderem in der Süddeutschen Zeitung sowie in den Aachener Nachrichten über die tumorartige Selbstvermehrung der Geldvermögen dürften ihre Wirkung nicht verfehlt haben. Helmut Creutz war aber auch selbst Gegenstand der Berichterstattung: der Journalist Gerald Eimer berichtete über ihn in der Aachener Zeitung vom 22. Januar 2009. Bereits im Sommer 2008 war Helmut Creutz von Gerald Eimer anlässlich seines 85. Geburtstages in den Aachener Nachrichten porträtiert worden. Titel: „Das Geld lässt ihm einfach keine Ruhe“.

Leserbriefe

Einen Leserbrief mit Titel „Zurück zu Gesell“ von INWO-Mitglied Oskar Peter veröffentlichte der „FREITAG“ in seiner Ausgabe vom 14. November 2008.

Leserbriefe von Jens Hakenes erschienen in der Berliner Zeitung im Januar 2009 sowie in der SZ vom 22. Januar 2009, von Josef Hüwe am 16.10.2008 in ZEIT online sowie in der Berliner Zeitung

Die Süddeutsche Zeitung vom 22. Januar 2009 veröffentlichte außerdem Zuschriften von Norbert Rost und Klaus Popp

In der taz vom 22.1.2009 wies Leserbriefschreiber Rainer Bährens auf Silvio Gesell, Helmut Creutz und Bernd Senf hin.

Ein kurzer, knackiger Leserbrief von INWO-Mitglied Alfred Neussner erschien in der Ausgabe 6/2009 des „Spiegel“: Politiker, Wirtschaftswissenschaftler und die Medien erwähnen nicht, dass unendliches exponentielles Wachstum mathematisch unmög-

lich ist. Es kann sich jeder ausrechnen, dass unsere Wirtschaftspolitik mit zunehmendem BIP und Zins und Zinseszins in diese Finanzkrise führen musste.

Alfred Neussner, Waldkappel (Hessen)

Zeitschriften

Prof. Wolfgang Bergers Beitrag „Die Finanzmarktkrise“ erschien in Heft 1/2009 der Quartalszeitschrift „Hintergrund“ (www.hintergrund.de).

Die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) hat in ihrem Journal ÖkologiePolitik Nr. 141 vom Februar 2009 fünf Fragen an 15 Wirtschaftsexperten gestellt, darunter Wolfgang Berger, Günther Moewes und Helmut Creutz.

In „b&w“, der Zeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg, hieß es in Heft 12/2008: „Entsprechend liegen die Ansprüche der Finanzinvestoren durch Dividenden- und Zinsforderungen wie Blei auf dem realen Sektor.“ Autor des Beitrags war Peter Behnen. Bereits im Oktober 1997 hatte die GEW Baden-Württemberg ein Heft herausgebracht mit dem Titel „Reden wir übers Geld! Zitiert wurde dabei auch Helmut Creutz.

Einen Aufsatz von Frank Bohner zum Thema „Chaos auf den Finanzmärkten – Alternativen im Geldsystem“ veröffentlichte die Wochenzeitung „Das Goetheanum“ in ihrer Ausgabe 43/2008.

Die anthroposophische Lehrerzeitschrift „Erziehungskunst“ brachte in ihrem Novemberheft 2008 einen zweiseitigen Beitrag von Frank Bohner, die Ausgabe vom Februar 2009 enthielt einen Aufsatz von Helmut Creutz

Dr. Ulrike Voltmer wies in „INFO 3“ vom Oktober 2008 in ihrem Aufsatz „Konsumiere – und lass Dein Geld ‚arbeiten?‘“ darauf hin, dass sich Geld nicht durch Anlage vermehren dürfe. Außerdem sollte es laut Frau Voltmer Besitz an Grund und Boden nur in einer Art Pacht geben, nicht als Eigentum, das sich durch Spekulation verteuert.

Bücher

In ihrem 2008 erschienenen Buch „Der globale Countdown“ weisen Harald Schumann

und Christiane Grefe kompetent auf den Keynesplan von 1944 hin: „Jenseits dieser Quote sollten Überschussländer Strafzinsen auf ihr zu großes Guthaben entrichten, um sie davon abzuhalten, sich auf Kosten anderer Länder zusätzliches Wachstum zu verschaffen.“

Politiker

Ulrich Maurer, seit 2005 parlamentarischer Geschäftsführer der Linkspartei im Bundestag, beschreibt laut Stuttgarter Zeitung vom 8.12.2008 die Finanzmarktkrise „als ‚klassische Akkumulationskrise‘, die deshalb entstehen konnte, weil die Kapitalbesitzer ‚mit ihrem angehäuften Kapital nichts mehr anzufangen wissen“.

Wissenschaftler

„Finanzanlagen sind Forderungen (claims), die bedient werden müssen, und je höher die Renditen und je umfangreicher die Forderungen, auf die sie zu zahlen sind, desto mehr Erträge müssen aus dem global produzierten Sozialprodukt zum Finanzsektor fließen.“ (Prof. Elmar Altvater in „FREITAG“ Nr. 40 vom 3. Oktober 2008)

„Unregulierter Kapitalismus und Marktwirtschaft werden gleichgesetzt, obwohl das Ziel des Kapitalismus das Monopol ist, also die Abschaffung von Wettbewerb, also das Gegenteil von Markt.“ (Interview mit Prof. Franz Josef Radermacher in „Schrot& Korn“, Dezember 2008)

Kabarettisten

Der Kölner Kabarettist Hans Gerzlich weist in seinem sehenswerten Programm „Geld für alle“ ausführlich auf die hohen Zinsanteile in den Preisen hin. Gerzlich besitzt das Buch „Die 29 Irrtümer über das Geld“ von Helmut Creutz.

zusammengestellt von Frank Bohner

Termine

Termine Deutschland

Die INWO-Regionalgruppe Bremen plant im Frühjahr mehrere Vorträge zum Thema „Auswege aus der Wirtschaftskrise“. Ort und Termine finden Sie demnächst auf www.inwo.de/Bremen Kontakt: Bremen@INWO.de

24.03.09, 19.00 Uhr

Wittenberg, Clack TheaterCafé

Zinssystem, Geldschöpfung und Spekulation – über die tieferen Ursachen der Weltfinanzkrise

Vortrag von Bernd Senf

Eintritt: 5 € / Ermäßigt 3 €

28.03.2009

Frankfurt, Berlin und weltweit

„Wir zahlen nicht für eure Krisen! Zeit für die Wende!“

Aktionstag von Attac und zahlreichen Bündnisorganisationen

01.04.2009, 20.00 Uhr

Magdeburg, Evang. Studentengemeinde, Neustädter Str. 6

Die natürliche Wirtschaftsordnung

mit Dr. Bettina Büttner und Dr. Holger Kaffka.

04.04.2009, 11.00-19.30 Uhr

Stockach-Wahlwies am Bodensee, Waldorfschule
INWO-Tagesseminar mit Klaus Popp

Auskunft: Hans Resch, hans.resch@web.de oder 07771 - 914 187

04.-05.04.09

Fuldatal-Simmershausen (bei Kassel), Reinhardswaldschule

Wissen ist Macht – Geistige Eigentumsrechte in der Kritik

44. Mündener Gespräche

Vortrags- und Diskussionsveranstaltung der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.

Nähere Informationen unter:

<http://www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de>

17.-19.04.09

Wuppertal, Silvio-Gesell-Tagungsstätte

Mitgliederversammlung INWO Deutschland

Siehe S. 13

24.-26.04.09

Berlin

Game Over. Neustart!

McPlanet.com-Kongress 2009

Wir brauchen einen Neustart, einen neuen Gesellschaftsvertrag zwischen Menschheit und Natur, zwischen arm und reich, zwischen heutigen und zukünftigen Generationen.

Informationen und Programm unter:

<http://www.mcplanet.com>

25.04.2009

Essen, Volkshochschule

Wege zu einer humanen Wirtschaftsordnung - Über die Flut nutzloser Folgebekämpfungen und die tumorartige Vermehrung der Geldvermögen

Helmut Creutz, Wilhelm Schmülling

Veranstalter: Arbeitskreis Geld und Gesellschaft im Essener Tauschkreis

Kosten 10 € / Ermäßigt 5 €

Anmeldung bei Dr. Susanne Wiegel,

Tel.: 02054-80680

Veranstaltungen des Seminars für freiheitliche Ordnung e.V.

2.-3.5.09 Klimapolitik – ein neuer Ansatz ist notwendig!

11.-12.6.09 Wettbewerb in der Wirtschaft

13.-14.6.09 Wettbewerb in Bildung und Wissenschaft

11.-12.7.09 Wege aus der Depression

Nähere Informationen und Anmeldung unter:

www.sffo.de,

Badstraße 35, D 73087 Bad Boll,

Tel.: 07164-3573, Fax: 07164-7034

16.05.2009, 11.00 – 19.00 Uhr

Köln, Bürgerzentrum Deutz

Auswege aufzeigen – Krisen verhindern

INWO-Tagesseminar mit Klaus Popp

Das Seminar richtet sich an Menschen, die mehr über die Hintergründe unserer instabilen Währungs- und Wirtschaftsentwicklung wissen möchten. Im Mittelpunkt steht die Kritik an einem Geldverständnis, das den Unternehmen permanentes Wachstum abverlangt. Grenzenloses Wirtschaftswachstum destabilisiert die Gesellschaften und führt die Welt von einer Krise in die nächste.

Kosten: 10 Euro (inkl. Imbiss)

Anmeldung bei: Klaus.Popp@INWO.de,

Tel.: 0211 – 30 41 05

20.-24.05.09

Bremen

Mensch, wo bist du?

32. Deutscher Evangelischer Kirchentag

Fünf Tage mit vollem Programm und bis zu 3000 Veranstaltungen: Meditationen, Diskussionen über soziale, ethische und politische Themen. Fragen nach der gerechten Gestaltung einer globalisierten Welt, der Bewahrung der Schöpfung und der Würde des Menschen. Fragen zu Theologie und Spiritualität.

Der Dialog zwischen den Konfessionen und Religionen. Gottesdienste, Gebete und Bibelauslegungen. Konzerte, Theater und Comedy. Ausstellungen und Gespräche. Und ein „Markt der Möglichkeiten“ in den Messehallen, bei dem auch die INWO vertreten ist. Infos dazu bei: Markus.Fiedler@INWO.de

24.06.2009

Magdeburg, Evang. Studentengemeinde

Der Umgang mit Schuldnern und Zinsen in der Bibel

mit Rabbiner Ariel Lototzki

26.-28.06.2009

Wuppertal, Silvio-Gesell-Tagungsstätte

50-jähriges Jubiläum SGT

Am 19. Juni 1959 wurde das „Silvio-Gesell-Heim“ nach 7-jähriger Bauzeit feierlich eingeweiht. Menschen, die sich für eine humane Wirtschaft und ein gerechtes Geldwesen einsetzen, haben von Beginn an dieses Haus geprägt. Heute sind die Ideen und Lösungen angesichts der weltweit wütenden Kapitalmarktkrise aktueller denn je. Das Jubiläum soll ein Zeichen der Hoffnung setzen, denn es gibt einen dritten Weg: Marktwirtschaft ohne Kapitalismus. Das 50-jährige Jubiläum wird mit einem „Fest für alle Sinne“ gefeiert. Ein paar Bilder zur Einstimmung gibt es hier: <http://www.silvio-gesell-tagungsstaette.de> Infos und Anmeldung unter Tel: 02053-423766, Fax: 02053-423799

Termine Schweiz

19.03.2009, 18.30 Uhr

Zürich, Zentrum Karl der Grosse, Kirchgasse 14

Treffen der INWO-Regionalgruppe Zürich

28./29.03.2009

Langnau im Emmental

INWO-Treffen

Strategische und personelle Fragen und Antworten der INWO Schweiz

15.04.2009

Einsendeschluss der Verlosung zum Kinofilm Let's make money. www.INWO.ch

20.04.2009, 19 Uhr

Bern, aki, Alpeneggstraße 5

Treffen der INWO-Regionalgruppe Bern

Generalversammlung 2009 der INWO Schweiz

25. April 2009, Bern

Kontakt: INWO Schweiz,

Telefon: +41 (0)62 822 84 86,

E-Mail: info@inwo.ch, <http://www.inwo.ch>

Ergebnisse des Aktiventreffens

Die folgenden vier Schwerpunkte werden wir in 2009 verfolgen:

1. Arbeitsgruppen ausbauen

Verteilung aller derzeitigen Arbeitsgebiete auf Arbeitsgruppen, die sich weitgehend selbst organisieren, eine gemeinsame Arbeitsplattform auf der Homepage haben und Entscheidungen autonom treffen können im Rahmen gegebener Budgets. Eine Abstimmung der Ziele und Meilensteine mit dem Vorstand ist dabei willkommen.

2. Interne Kommunikation verbessern

Es sollen Instrumente geschaffen werden, um mehr Zusammengehörigkeitsgefühl erleben zu können, aber vor allem auch vielschichtiger und mehr untereinander kommunizieren zu können.

Zusammen mit der erwähnten Arbeitsplattform für AGs führt das zur Notwendigkeit, die gesamte Homepage der INWO neu aufzubauen. Was uns sehr freut: Unser ers-

tes Etappenziel ist bereits erreicht. Dank Stephan Kundinger und Martin Welch haben wir ein Internet-Forum! (siehe Kasten)

3. PR-Arbeit neu organisieren

Ziel ist es, eine zusammenhängende Gruppe zu schaffen, die alle PR-Aktivitäten im Blick hat und die Außendarstellung gestaltet. Zunächst bedeutet das, die Erstellung der Zeitschrift und die redaktionelle Wartung der Internetseiten miteinander abzustimmen. Wächst die PR-Gruppe, dann können hoffentlich bald auch weitere, klassische PR-Aufgaben wahrgenommen werden, wie Pressemitteilungen, Kommentare zur Tagespolitik, Entwurf von Kampagnen, Kontaktpflege zu Medien...

4. Erarbeiten einer Gesamtstrategie

Um die vielen Erfahrungen nutzen zu können und das Vorgehen mit unseren bescheidenen Mitteln effizient zu organisieren, sehen wir eine stärkere Systematisierung als wichtigen Schritt an. Dazu gehört zum Beispiel die Zusammenfassung der fachlichen Wissensgebiete in der Freiwirtschaft, sowohl in den Kern- als auch den peripheren Bereichen. Dazu gehört aber auch, sämtliche denkbaren gesellschaftlichen Handlungsebenen und die jeweiligen Formen der Handlung zu strukturieren. Des Weiteren lassen sich Argumentationsketten systematisch

gliedern, sowohl bezogen auf zeitlose als auch auf tagesaktuelle oder mittelfristige Probleme. Aus einem solchen Fundus lassen sich dann in der Folge sinnvoll aufeinander aufbauende Handlungsprogramme entwerfen oder auch nur leichter Argumente zusammenstellen.

INWO-Arbeitsgruppen

Wir haben uns auf fünf Gruppen geeinigt, die unsere diesjährigen Prioritäten in Angriff nehmen. Dabei bitten wir auch Sie zu überlegen, ob Sie sich selbst aktiv in einer der AGs einbringen können!

- **PR-AG:** siehe oben. Auf dem Aktiventreffen haben sich Beate Bockting, Romeo Klein und Jörg Schreiner hierfür gemeldet. Kontakt: Beate.Bockting@INWO.de
- **Material-AG:** Hier geht es um die Inventarisierung des vorhandenen Materials, Planung von Überarbeitungen oder neuen Materialien und Durchführung der Beschaffung etc. Außerdem ist hier eine enge Zusammenarbeit mit der PR-Gruppe notwendig, gerade wenn es um Neugestaltungen geht. Hauptverantwortlich ist hier unser 2. Vorsitzender Erich Lange: Erich.Lange@INWO.de
- **IT-AG:** In den letzten Wochen haben Martin Welch und Stephan Kundinger bereits neue Tools (Forum und Abstimmungsmöglichkeit) aufgebaut. Mit von der Partie sind außerdem Jörg Klempnow und Vorstandsmitglied Ralf Gelz. Die wichtigsten Projekte in diesem Jahr sind der Neuentwurf unseres Internetauftritts und die Schaffung von Funktionen, die gemeinsames Arbeiten erleichtern. Kontakt: Ralf.Gelz@INWO.de
- **Veranstaltungs-AG:** Klaus Popp hat sich zur Koordination unserer Teilnahme an den diversen Großveranstaltungen des Jahres bereit erklärt. Geplant sind die Beteiligung am Attac-Kapitalismuskongress in Berlin, dem Evangelischen Kirchentag in Bremen, dem Open Ohr Festival in Mainz sowie dem Landeskirchentag in Weimar, ggf. McPlanet.com in Berlin Ende April. Für jede der Veranstaltungen werden auch Helfer vor Ort benötigt! Kontakt: Klaus.Popp@INWO.de
- **Strukturierungs-AG:** Diese AG soll erste Schritte in Richtung einer Gesamtstrategie erarbeiten, indem zunächst so viel wie möglich zusammengetragen und strukturiert wird. Ziel ist eine Art Wikipedia in klein aufzubauen. Frontleute sind hier Helmut Rau, Anita Janßen und Ralf Gelz. Kontakt: Ralf.Gelz@INWO.de

Möchten Sie sich an einer der AGs aktiv beteiligen? Dann melden Sie sich bitte entweder direkt bei den Kontaktpersonen oder per E-Mail über inwo@inwo.de.

Neu auf www.INWO.de: Besuchen Sie das INWO-Forum!

Wir möchten Sie einladen, sich auf dem neu geschaffenen Forum in die Diskussionen einzubringen oder einfach nur in Abstimmungen Ihren Beitrag zur Meinungsbildung zu leisten.

Wenn Sie auf unserer Homepage im Internet unter www.INWO.de links auf den Menüpunkt Forum klicken, werden Sie direkt zur Startseite weitergeleitet. Oder wählen Sie die Adresse: <http://forum.INWO.de>. Hier können Sie sich als Vereinsmitglied anmelden (Schaltfläche „Registrieren“; Benutzername: vorname.nachname).

Aktuell können Sie im Forum Ihre Meinung zum Thema INWO-Leitbild abgeben: Was macht für Sie als Mitglied das Selbstverständnis der INWO aus? Wir wollen bis zur Mitgliederversammlung ein Meinungsbild zum Leitbild des Vereins erstellen.

Kapitalismus am Ende? - INWO beim Attac Kapitalismuskongress

Vom 6.-8. März fand in Berlin der Kapitalismuskongress von Attac statt. Thematisch reichte die Bandbreite von Finanzkapitalismus über Ökologie oder Soziale Rechte bis hin zu Alternativen. Neben spannenden Referenten aus der ganzen Welt war auch Alwine Schreiber-Martens, bis vor kurzem noch INWO-Vorstandsmitglied, mit einem Workshop vertreten. Unter dem Titel „Schutz der Naturressourcen – wie soll das im Kapitalismus gehen?“ stellte sie das Konzept des „Ressourcengestützten Grundeinkommens“ vor, das eine interessante Finanzierungskomponente für das in der Öffentlichkeit immer breiter diskutierte bedingungslose Grundeinkommen darstellt.

Informationen rund um den Kongress im Internet: <http://www.attac.de/aktuell/kapitalismuskongress>

Aktionstag „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ am 28. März

Als Mitgliedsorganisation von Attac unterstützt die INWO den bundesweiten Aktionstag am 28. März. Auch wir finden: Es ist Zeit für die Wende! Für einen Systemwechsel und für eine solidarische Gesellschaft gehen an diesem Tag Menschen in Frankfurt, Berlin und weltweit auf die Straße. Im Aufruf zu den Demonstrationen heißt es unter anderem:

„Ein anderes Weltwirtschaftssystem ist nötig. Eines, das Mensch und Natur dient; das auf den Prinzipien globaler Solidarität, ökologischer Nachhaltigkeit und demokratischer Kontrolle aufbaut. Dazu gehört, dass Bildung, Gesundheit, Alterssicherung, Kultur und Mobilität, Energie, Wasser und Infrastruktur nicht als Waren behandelt werden, sondern als gesellschaftliche Leistungen, die allen Menschen zur Verfügung stehen müssen.“

„Wir wollen, dass die Verursacher der Krise zur Kasse gebeten werden. Das globale private Geldvermögen hat im Jahr 2007 die Summe von 105 Billionen Dollar erreicht und ist in acht Jahren um 50 % angestiegen. Das ist das Ergebnis einer massiven Umverteilung von Unten nach Oben, von Süd nach Nord, von den BezieherInnen von Lohn-(Ersatz-)einkommen zu den Kapital- und Vermögensbesitzern. Den Banken und Fonds war kaum ein Risiko zu groß im Kampf um die höchsten Renditen. Etwa ein Tausendstel der Weltbevölkerung hat davon besonders profitiert. Die Milliarden, die jetzt zur Sanierung des Finanzsektors ausgegeben werden, dürfen nicht auf Kosten der großen Mehrheit gehen. Wir werden nicht hinnehmen, dass Beschäftigte, Erwerbslose, RentnerInnen, SchülerInnen oder Studierende die Zeche zahlen! Genau so wenig darf die Krise auf die Länder des Südens oder die Umwelt abgewälzt werden.“

Informationen zu den Veranstaltungen finden sich unter: <http://www.28maerz.de>

Aktion für bundesweiten Volksentscheid

Die INWO ist seit langem Mitglied bei Mehr Demokratie e.V. Diese überparteiliche Bürgeraktion setzt sich seit über 16 Jahren für Volksentscheide ein. Die Bürger sollen über wichtige Fragen selbst entscheiden können. Eine gut ausgebaute direkte Demokratie wird die politische Kultur auf allen Ebenen verändern. Wiederholt hat der Verein mit den Mitteln der direkten Demokratie Volksentscheid und Wahlrecht zum Thema gemacht. Viele andere Bürgergruppen haben Bürger- und Volksbegehren zur Erreichung ihrer Ziele genutzt. Das Ergebnis: ein waches politisches Selbstbewusstsein bei vielen Bürgern, statt Ohnmacht und Resignation. Hierfür lohnt es sich einzusetzen!

Hauptziel von Mehr Demokratie e.V. war von Anfang an die Einführung des bundesweiten Volksentscheids. In Kürze entscheidet der Bundestag über verschiedene Gesetzesentwürfe zu seiner Einführung. Leider muss jedoch mit einem Scheitern der Initiativen gerechnet werden. Bisher hat sich im Deutschen Bundestag noch keine Zweidrittel-Mehrheit für die nötige Verfassungsänderung gefunden. Ein Scheitern wäre schade, denn Volksentscheide machen die Demokratie greifbar und erlebbar.

Beteiligen Sie sich an der Online-Aktion für bundesweite Volksentscheide, damit die direkte Demokratie im Superwahljahr 2009 ein Wahlkampfthema wird. Nutzen Sie dafür das von Mehr Demokratie ins Leben gerufene Projekt „Abgeordnetenwatch“ und wenden Sie sich an die Abgeordneten im Bundestag. Alternativ können Sie auch kostenlose Aktionskarten bestellen.

Nähere Informationen finden sich unter:

http://www.mehr-demokratie.de/aktion_volksabstimmung.html



Mitgliederversammlung INWO e.V. Deutschland am 18. April

Die diesjährige Mitgliederversammlung der INWO D wird am Samstag, dem 18. April in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte in Wuppertal stattfinden (www.silvio-geselltagungsstaette.de). Auf der Tagesordnung stehen unter anderem Berichte des Vorstandsteams und der Arbeitsgruppen. Behandelt werden neben diversen Anträgen unter anderem auch Satzungsfragen. Wir streben am Samstag ein frühes Ende an und wollen anschließend zum gemütlichen Teil übergehen. Bei Bedarf wird die Versammlung am Sonntag, dem 19. April fortgesetzt. Alle Mitglieder erhalten die ausführliche Einladung mit allen notwendigen Unterlagen fristgerecht per Post. Auch Gäste sind herzlich willkommen.

Bodenspekulation und Kapitalzins im Licht der gegenwärtigen Finanzkrise thematisieren!

Hansruedi Weber über die Fritz-Schwarz-Gedenkveranstaltung vom 11. November 2008 im Theater Stadelhofen in Zürich

Die Veranstaltung zum Gedenken an den Schweizer Freiwirtschafts-Pionier Fritz Schwarz (1887-1958) anlässlich der Übergabe seines Nachlasses ans Schweizerische Sozialarchiv in Zürich hinterliess einen zwiespältigen Eindruck. Einerseits war die Genugtuung darüber groß, dass der Kämpfer für eine gerechtere Gesellschaft bei dieser Gelegenheit in Zeitungen und am Radio auch öffentliche Anerkennung fand, andererseits wurden die FFF-Lehre (Freiland, Freigeld, Festwährung) und ihr Begründer Silvio Gesell (1862-1930) meines Erachtens nicht gebührend gewürdigt.

Berechtigte Kapitalismusanalyse

Der empathischen Charakterisierung Fritz Schwarz' und der Freiwirtschaft durch Anita Ulrich, Leiterin des Sozialarchivs, und Ruth Binde, Tochter von Fritz Schwarz, die

keinen Zweifel daran liess, dass der Einsatz für eine Alternative zum Kapitalismus mit den Mitteln einer Boden- und Geldreform weitergehen müsse, folgte der Versuch einer geschichtlichen Einordnung Gesells und seiner Lehre durch die beiden Historiker Jakob Tanner und Tobias Straumann. Sie lief im Wesentlichen darauf hinaus, dass die ernst zu nehmenden Postulate der Freiwirtschaft, nämlich die Abschaffung des Goldstandards, die Freigabe der Wechselkurse und die Kontrolle des Preisniveaus durch die Notenbanken, inzwischen erfüllt seien. Doch eine solche Schubladisierung Gesells und seiner Anliegen scheint mir unangemessen. Die FFF-Lehre bestreitet ja, dass ohne Freiland und Freigeld eine feste Währung möglich sei – was umgekehrt bedeutet, dass eine feste Währung ohne Freiland und Freigeld nur eine Täuschung sein kann. Dieser Zusammenhang wird leider durch die aktuelle Finanzkrise mit aller Deutlichkeit bestätigt. Wer meint, mit der Durchsetzung der Goldunabhängigkeit, Wechselkursfreiheit und Inflationskontrolle seien die Voraussetzungen für eine Festwährung geschaffen und somit das Ziel der Freiwirtschaft auch ohne die beiden ersten F (Freiland und Freigeld) erreicht, täuscht sich und die

ändern. Denn in Gesells Zinseszins- und Bodeneigentumskritik steckt eine berechtigte und weiterführende Kapitalismusanalyse, die zwar von der offiziellen Ökonomik und Wirtschaftshistorie verschwiegen wird, aber gerade in der jetzigen Krisensituation dringend nötig wäre und klärend und zukunftsweisend sein könnte.

Entwicklungsfähige Alternative

In Bezug auf die FFF-Lehre geht der Blick in die Vergangenheit eigentlich in die falsche Richtung; man müsste die Gegenwart und die Zukunft thematisieren. Dann könnte man das Potential der Lehre aufgreifen und weiterentwickeln. Aber dazu müsste man gerade die beiden ersten F und Hauptpfeiler der Lehre, also die Boden- bzw. Ressourcen-Eigentumskritik und die Zinseszins- bzw. Kapitalblasen-Kritik, besonders hervorheben. Dass darin sowohl der kapitalismuskritische Stachel als auch die entwicklungsfähige Alternative steckt, scheint Manfred Papst von der NZZ am Sonntag besser verstanden zu haben, wie sein Artikel vom 9. November 2008 zeigt: Würden nämlich die beiden Hauptpunkte, „Bodenspekulation und Kapitalzins“, „im Licht der gegenwärtigen Finanzkrise“ thematisiert, käme die eigentliche „Brisanz“ der FFF-Lehre zum Vorschein. Verdrängt man aber diese beiden Forderungen, macht man sich zum Totengräber einer wirtschafts- und gesellschaftserneuernden Bewegung.

Rettungspaket – aber richtig!

Das allgemeinverständliche Rettungspaket der INWO Schweiz zeigt Auswege für die Finanzkrise auf. Es enthält die DVD „Der Geist des Geldes“, die Audio-CD „Das Geldwunder von Wörgl“ und das neue Buch „Neues Geld - neue Welt“.



Das Rettungspaket hat einen Wert von insgesamt CHF 53. Zum Sonderpreis von CHF 45 (inklusive Versand innerhalb der Schweiz) ist es direkt bei der INWO bestellbar: INWO Schweiz, Bahnhofstrasse 102, Postfach, 5001 Aarau, Telefon: 062 8228486, Fax: 062 8236755, E-Mail: info@inwo.ch, Internet: www.inwo.ch.



Ruth Binde, Tochter von Fritz Schwarz, präsentierte bei der Veranstaltung Trouvaillen und Texte aus dem Nachlass ihres Vaters

GEGEN DEN STROM

Fritz Schwarz
und die Freiwirtschafts-
bewegung

Einladung
Dienstag, 11. November 2008
19 bis 20.30 Uhr
Theater Stadelhofen
Stadelhoferstrasse 12, 8001 Zürich

Schweizerisches
Sozialarchiv

Wechselkursfreiheit und Inflationskontrolle seien die Voraussetzungen für eine Festwährung geschaffen und somit das Ziel der Freiwirtschaft auch ohne die beiden ersten F (Freiland und Freigeld) erreicht, täuscht sich und die



Gewinnspiel zum Kinofilm

Die INWO Schweiz hat zu „Let's make money“ eine Verlosung organisiert. Dabei gibt es zehn Preise im Gesamtwert von rund CHF 350.

Hauptpreis ist eines der neuen, nun auch in der Schweiz erhältlichen Rettungspakete mit Buch, Audio-CD und DVD voller Hintergrundinfos (siehe unten).

Außerdem sind sechs Exemplare des Buchs zum Film zu gewinnen. In „Let's make money. Was macht die Bank mit unserem Geld?“ hat der Wirtschaftsjournalist Caspar

Dohmen Hintergründe, Geschichten und Fakten zum Film gesammelt. Quasi nebenbei erläutert er die Grundlagen unseres Wirtschaftssystems und geht dabei auch auf die Analysen der INWO ein.

Verlost werden auch 3 x 2 Freikarten für den aktuellen Kinofilm von Erwin Wagenhofer. Sie gelten in allen Schweizer Kinos, in denen der Film läuft.

Die Teilnahme an der Verlosung ist unter www.inwo.ch, per E-Mail, Fax oder Post möglich (siehe unten). Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Irrtümliche Angaben sind vorbehalten. Einsendeschluss ist der 15. April 2009.

Eine Hauptrolle für die Schweiz

In einem Interview mit der „Wochenzeitung“ (WOZ) beschreibt Erwin Wagenhofer, Regisseur des Kinofilms „Let's make money“ die besondere Rolle der Schweiz im Finanzsystem:

„Wir zeigen im Film ja eine Goldmine in Ghana. Ich filmte, wie sie diese Boxen mit dem Edelmetall in den Helikopter hievt. Da sah ich plötzlich die Aufschrift: ‚Switzerland‘. Ich dachte, das gibt es doch nicht! Ich sitze irgendwo im ghanaischen Regenwald oder in den Resten und lese: ‚Switzerland‘. Die fliegen das von hier in die Schweiz!“

Einen Grund für die besondere Bedeutung der Schweiz, auch bei vielen anderen Waren, sieht der Österreicher in den Angeboten der Schweizer Banken:

„In Ländern wie den Bahamas, auf Jersey oder in der Schweiz werden Dienstleistungen angeboten, die rein fiktional sind, aber nicht versteuert werden müssen. ... Deshalb sind solche Länder für die Konzerne sehr wichtig. So funktioniert die ganze Welt. Das hat NZZ-Wirtschaftschef Gerhard Schwarz bis heute nicht verstanden: Afrika ist der rohstoffreichste Kontinent. Die Afrikaner zahlen den Eintrittspreis, den er im Film haben will. Und zwar seit Jahrhunderten!“

Der Filmausschnitt, in dem Gerhard Schwarz offene Grenzen für Güter, Geld und Dienstleistungen befürwortet, für Menschen aber „Eintrittspreise“ andenkelt, ist online unter www.inwo.ch verlinkt, wo es auch weitere Infos zum Kinofilm gibt.

Hinter den Kulissen der Finanzkrise

Anfang Februar gab es im Schlachthaus Theater Bern ein ungewöhnliches Stück zu sehen. „Finanzblätz Schweiz – eine Berg- und Talforschung“ wurde mitgestaltet von Walter Meier-Solfrian, der auch für die INWO Schweiz als Referent und Autor tätig ist.

Im Berner Bund hieß es dazu von den Machern: „Als wir uns entschlossen hatten, ein Projekt zum Thema Geld zu machen, war von der Finanzkrise noch nirgendwo die Rede. ... Um nun von der Realität nicht komplett überrollt zu werden, haben wir uns einen erfahrenen Berater gesucht und sind dabei auf Walter Meier-Solfrian gestossen. Er ist ein dezidierter und kluger Kapitalismuskritiker, der das Wirtschaftssystem als komplett unwissenschaftlich bezeichnet und auf ethische Fragen pocht. Sein Buch („Globale Neue Welt“, Anm. d. Red.) ist extrem empfeh-

lenswert, auch für Laien, leider aber nur noch antiquarisch oder in einer Bibliothek zu finden. Ein neues Buch ist in Arbeit.“

In ihrem Stück stellen die Theaterleute so interessante und für das Theater ungewöhnliche Fragen wie...

Wie funktioniert Geld? Was ist da schief gelaufen? Wie wird sich die Finanzkrise auf unser Leben auswirken? Kann der Finanzblätz Schweiz noch geflickt werden? Was machen eigentlich die superreichen Schweizer mit ihrem Geld und warum sieht man nichts davon?

Was neben „täglichen Live-Schaltungen in und um den Finanzblätz“ sonst noch auf der Bühne zu sehen war, ist demnächst unter www.inwo.ch zu lesen.



W. Meier-Solfrian

Gier und Ethik

Eine entfesselte Geldgier hat Klimaerwärmung, weltweite Verarmung, Hungersnöte und als Letztes die Finanzkrise zur Folge. Die Wirtschaftsentwicklung im regellosen und globalen freien Markt ist zwar erfolgreich, aber zugleich zerstörerisch und zukunftslos. Was sind die Ursachen dieser Fehlentwicklung? Zwei grosse Geschenke der Schöpfung an die Menschen werden missbräuchlich benutzt und missachtet.

Der Menschheit wurde das Kapital der Ressourcen der Erde geschenkt, die unerschöpfliche Energie der Sonne und die erschöpflichen Lager an Wasser, Erzen, Kohle, Erdöl und Erdgas.

Der neoliberale Kapitalismus ignoriert die Sonnenenergie, beutet dafür rücksichtslos die beschränkten Ressourcen aus. Die Preise sprechen nicht die Wahrheit, weil die Erschöpflichkeit und die sozialen und ökologischen Kosten nicht berücksichtigt werden. Mensch und Natur werden auf äusserst effiziente Weise von einer kleinen Menschenmindeinheit geplündert.

Was sind die Fakten? 1992 zeigte das UN-Entwicklungsprogramm (UNDP), dass das reichste Fünftel der Weltbevölkerung 82,3 % des Welteinkommens für sich beanspruchte, während sich das ärmste Fünftel mit 1,4 % begnügen musste, also 60 Mal weniger. Hat sich seither die Situation gebessert? Nein, im Gegenteil! Richard Gerster zeigt in seinem Buch „Globalisierung und Gerechtigkeit“, dass 1960 das reichste Fünftel nur 30 Mal mehr beanspruchte, 1990 waren es die oben erwähnten 60 Mal mehr und 2000 bereits 80 Mal mehr! Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten 50 Jahre war also in höchstem Masse unsozial. Die Klimaerwärmung beweist auch, dass sie ebenso unökologisch war.

Ein Triumph der Geldgier! Was kann man dagegen tun?

Der Menschheit wurde ein zweites Kapital geschenkt. Der Mensch ist zwar Teil der Natur, aber nicht vollumfänglich von der Biologie bestimmt. Er kann wählen zwischen Egoismus und Willkür, oder aber Menschlichkeit. Menschlichkeit ist nicht gegeben, sondern muss

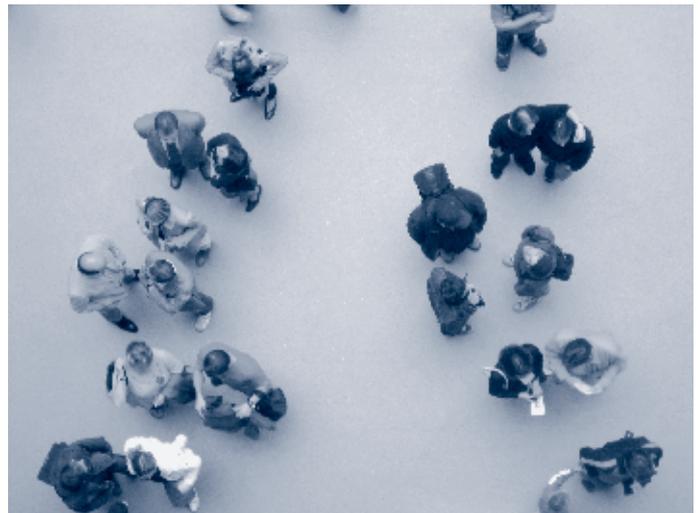
kulturell erarbeitet und verankert werden. Alle Menschen haben gleiche Rechte. Menschlichkeit heisst auch Schutz der Schwachen.

Der Mensch ist also aufgefordert, in Freiheit Regeln der Ethik zu wählen, an die er sich halten will. Er schafft damit Menschlichkeit. Es geht nicht darum ein „guter Mensch“ zu sein, sondern unseren Nachkommen eine Zukunft zu schenken (das Buch von Hans Ruh und Thomas Gröbly: „Die Zukunft ist ethisch – oder gar nicht“ ist diesbezüglich sehr lesenswert).

Wann triumphiert die Ethik über die Gier? Um die Entwicklung der letzten Jahrzehnte zu verstehen, müssen wir uns bewusst werden, dass zwei unvereinbare Realitäten bestehen:

- Einerseits die Realität der nachhaltigen Entwicklung, die ethisch und wissenschaftlich abgesichert ist. Die Weltgemeinschaft bekennt sich zu dieser Realität, glaubt aber, in diesem Sinne nicht handeln zu können.
- Andererseits die heute ökonomisch praktizierte Realität, die deshalb zukunftslos ist, weil sie auf volkswirtschaftlich falschem Rechnen basiert. Die Weltgemeinschaft fühlt sich aber gezwungen, entsprechend dieser Realität zu handeln.

Das gemeinsame Ziel muss durch ehrliche Kooperation und Koordination der Anstrengungen der Vertreter beider Realitäten so rasch als möglich verwirklicht werden. Statt



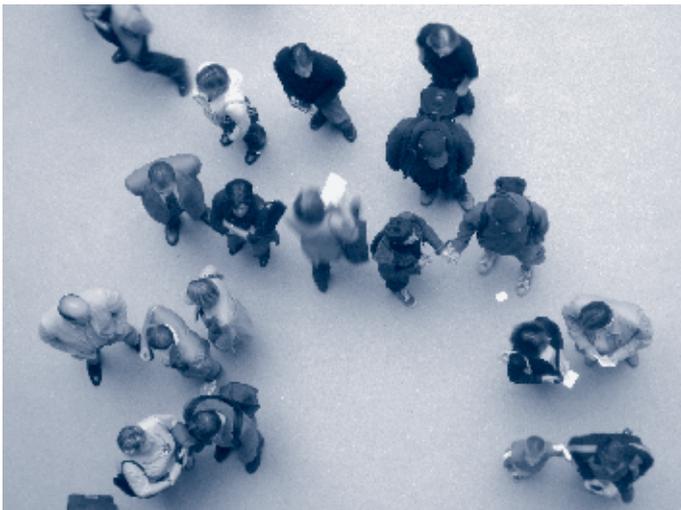
Vertreter der Nachhaltigkeitsidee und Menschen, die in den Zwängen der Wirtschaft stecken...

gegeneinander anzutreten und aneinander vorbei zu reden, geht es darum, miteinander die Mängel der heute praktizierten ökonomischen Realität nach und nach zu beheben. Wie könnte ein Miteinandergehen der Vertreter beider Realitäten gestaltet werden? Die einen müssen bereit sein, die Sachzwänge der heutigen ökonomischen Realität anzuerkennen und auch nicht voll befriedigende Kompromisse zuzulassen, sofern sie Schritte in die richtige Richtung sind. Die andern müssen bereit sein, den ethischen Auftrag und die wissenschaftliche Korrektheit einer gelebten nachhaltigen Entwicklung anzuerkennen und deshalb aktiv an der Eliminierung der heutigen zukunftslosen Sachzwänge mitzuwirken.

„Dieser Miteinander-Weg ist sehr anspruchsvoll und nicht vergleichbar mit dem, was heute unter dem Namen Nachhaltigkeit getan wird. Um ein Miteinander zu ermöglichen, muss die Bevölkerung wahrheitsgemäss über die bestehenden Tatsachen und die zu lösenden Probleme orientiert werden.“

Das ist heute nicht der Fall. Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Hochschulen, Organisationen der Zivilgesellschaft, Kirchen und Medien sind aufgefordert, im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu handeln.

Handeln kann selbstverständlich auch jeder einsichtige, überzeugte Mensch. Er muss aber einen anspruchsvollen Weg beschreiten, denn es ist nicht der Weg der Mehrheit. Man muss



...kommen miteinander ins Gespräch, um einen gemeinsamen Ausweg zu finden.

sich orientieren, Auskünfte suchen, der Werbung widerstehen und vor allem: Man muss bereit sein, die Rolle des scheinbar „Dummen“ zu übernehmen, der freiwillig höhere, aber echte Preise zahlt, und auf leistungslose Renditen verzichtet.

Denn gelebte Ethik kostet Geld. Es ist immer billiger, sich egoistisch und rücksichtslos zu verhalten. Und ein Letztes: Wer nur wenig verdient, kann sich diesen Weg oft gar nicht leisten.

Man kann dieses Miteinandergehen folgendermassen zusammenfassen: Diejenigen, die es sich leisten können, sollen das verdiente Geld, das sie nicht zum Leben brauchen, in die Realwirtschaft investieren und nicht in spekulative Anlagen.

Die Rolle der Banken

Damit kommen wir zur Rolle der Banken und zur Finanzkrise. Wir verfügen über ein Geldsystem, welches den Austausch von Leistungen zwischen Menschen mit verschiedenen Begabungen und Fähigkeiten, aber auch mit verschiedenen Ansprüchen, sehr leicht macht. Leider haben wir dieses System pervertiert und missbrauchen es, um masslose Geldgewinne zu ermöglichen, ohne entsprechende Leistungen zugunsten der Mitmenschen erbracht zu haben.

Die Banken müssen sich auf ihre Grundaufgabe konzentrieren: die Finanzierung der Realwirtschaft, welche Leistungen zugunsten der ganzen Gesellschaft ermöglicht. Leider

haben sie sich im Kasinokapitalismus zu Spekulationszentren entwickelt. Spekulative Geldgewinne ohne Leistung, die nur den Reichen möglich sind, haben in den letzten 30 Jahren gewaltig zugenommen. Im Jahre 1975 dienten noch 50 Prozent der globalen Kapitalverschiebungen von 20 Milliarden US-Dollar pro Tag der Bezahlung von Waren und Diens-

ten in der realen Wirtschaft. Die anderen 50 Prozent waren spekulativer Natur. Im Jahr 2000, 25 Jahre später, betrugen die globalen Kapitalverschiebungen das Hundertfache, nämlich 2.000 Milliarden US-Dollar pro Tag. 98 Prozent davon waren reine Spekulation auf leistungslose Gewinne und nur 2 Prozent dienten der realen Wirtschaft. Der bekannte Finanzfachmann Bernard Lietaer stellt fest: „Die reale Wirtschaft ist nur noch Dekoration auf dem Spekulationskuchen“.

Entsprechend haben sich die Managerbezüge in Banken und Konzernen entwickelt. Ich spreche ausdrücklich von Bezügen und nicht von Verdienst, denn im Begriff Verdienst ist das Wort „Dienst“ enthalten. Leistungsunterschiede ergeben sich aus angeborenen

und erworbenen Fähigkeiten, sowie aus dem Willen und der Kraft, diese Fähigkeiten in den Dienst eines Unternehmens und/oder der Gesellschaft zu stellen. Diese Leistungsunterschiede rechtfertigen Verdienstunterschiede von etwa 1:5. Um dies zu begründen seien zwei lobenswerte Beispiele von erfolgreichen Unternehmungen angeführt.

- Die Alternative Bank Schweiz (ABS) weist bei einem Jahresumsatz von rund 800 Millionen Franken eine Spanne von tiefsten zum höchsten Lohn von 1:2,75 aus.
- Die Metallbauunternehmung E. Schweizer AG weist bei einem Jahresumsatz von 124 Millionen Franken eine Spanne von 1:4 aus. Die Spanne bezieht sich auf das Verhältnis vom tiefsten Vollzeitlohn zum Durchschnittslohn der Geschäftsleitung.

Wie sind die heutigen Spannen von 1:100 bis 1:700 in Banken und Konzernen zu rechtfertigen? Sie sind in höchstem Masse unethisch! Sie ergeben sich offensichtlich nur aus Vergleichen zwischen geldgierigen Managern und haben mit Verdienst und Leistung nichts zu tun.

Der Weg aus den Problemen, welche die wirtschaftliche Fehlentwicklung geschaffen haben, ist vorgezeichnet:

- Die Menschheit und insbesondere die reiche Minderheit der Menschheit, die handeln kann, besinnt sich auf ihren ethischen Auftrag.
- Die Institutionen beschreiten beharrlich den Miteinander-Weg.
- Die Ökonomie berechnet Kosten volkswirtschaftlich richtig.
- Die Banken dienen der Realwirtschaft und verzichten auf das Spekulationsgeschäft.

Das schreibt sich sehr einfach, ist aber anspruchsvoll. Sollte man nicht die Finanzkrise als Chance nutzen, um ein System, das versagt hat, endgültig zu verlassen und den Weg in die Zukunft miteinander zu suchen?



Pierre Fornallaz war von 1968-1981 Professor für Feintechnik an der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich. Von 1980-1988 war er Stiftungspräsident des Ökozentrum Langenbruck. Er ist Autor des Buches "Die ökologische Wirtschaft".

Die neue Landnahme

Um die nationale Nahrungsmittelversorgung zu sichern, setzen Regierungen und private Unternehmen, vor allem aus Asien und den Golfstaaten, zunehmend auf neue große Agrarprojekte in anderen Ländern. Hintergrund dieser Landnahme, die durch internationale Finanzinstitutionen gefördert wird, sind zum einen die Preisschocks bei Grundnahrungsmitteln, zum anderen die Suche von Investoren nach neuen profitablen Anlagemöglichkeiten.



Maisproduktion demnächst nur noch für Konzerne im Ausland?

Der Vertrag, den der südkoreanische Daewoo-Konzern im Juli 2008 mit Madagaskar abschloss, machte Schlagzeilen: Das Unternehmen pachtet 1,3 Mio. Hektar, die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Insel, um Mais und Palmöl anzubauen. Nach Regierungsangaben handelt es sich dabei um „völlig unentwickeltes“ Land, für das das Unternehmen bestenfalls einen symbolischen Preis zahlt. Stattdessen hat es versprochen, in Straßen, Bewässerung und Vorratsspeicher zu investieren. Mit dem Projekt will Südkorea, der viertgrößte Maisimporteur, seine Abhängigkeit vom Weltmarkt verringern.

Großeinkauf von Land

Erst war es die Energiekrise und der Run auf Agrartreibstoff, jetzt die Preisentwicklung bei Nahrungsmitteln, die dazu führen, dass zahlreiche Unternehmen, Investmentfirmen und Pensionsfonds die Landwirtschaft entdeckt haben. Nach einem Bericht der Financial Times plant die Al-Quadra Holding, eine Investmentfirma mit Sitz in Abu Dhabi, bis Ende dieses Jahres 400.000 Hektar Land in Afrika und Asien zu kaufen. Das britische Unternehmen Cru Investment Management handelt

mit privaten Investitionen in die Landwirtschaft in Afrika und verspricht Erträge von 30-40 Prozent, das US-Unternehmen BlackRock legte einen Hedgefonds Landwirtschaft auf. Der schillerndste Fall ist das Abkommen des US-amerikanischen Investmentbankers Philippe Heilberg mit Paulino Matip, einem Warlord im Südsudan, über 4.000 km² Land – ein Deal, der an die koloniale Landnahme in Afrika erinnert.

Wegbereiter für private Investoren sind vielfach die nationalen Regierungen, die durch den Aufbau einer Off-shore-Nahrungsmittelproduktion die „Ernährungssicherheit“ verbessern wollen. Die Liste der Länder, die über bilaterale Vereinbarungen, Investitionsabkommen, Freihandelsvereinbarungen und Entwicklungszusammenarbeit Investitionen in Agrarprojekte vorantreiben, reicht von Japan, Korea und China über Indien und die Golfstaaten bis Libyen, das sich in der Ukraine im Gegenzug für einen Liefervertrag für Erdöl und Erdgas 247.000 Hektar Land sicherte. Nach den spekulativen Preis-Turbulenzen auf dem Weltmarkt haben sie das Vertrauen in den Markt verloren. Anstatt von Agrarhandel und Spekulanten abhängig zu sein, wollen sie die Produktion kontrollieren und damit ihre Importe sichern.

China zum Beispiel, das offiziell eine Politik der Ernährungssicherung aus eigener Kraft verfolgt, kann bislang seinen Bedarf an Grundnahrungsmitteln noch weitgehend selbst decken. Doch die Grenzen der Land- und Wasserressourcen zeichnen sich immer deutlicher ab. Chinesische Unternehmen produzieren bereits in zahlreichen Ländern Asiens Reis, Fisch, Soja oder Zuckerrohr – u.a. in Burma, Laos und den Philippinen. Ein Plan

der Regierung in Beijing vom vergangenen Sommer, Investoren beim Landerwerb in Afrika und Lateinamerika zu unterstützen, liegt zwar vorerst wieder auf Eis. Mehrere tausend chinesische Siedler in Nigeria, Kenia, Sudan und Sambia bilden aber eine Vorhut für mögliche weitere Projekte.

Hauptdestination Afrika

Zahlreiche Golfstaaten haben begonnen, auf der anderen Seite des Roten Meeres nach Land für Viehzucht, Viehfutter und Nah-

Warum tritt die INWO, außer für Geldreform, auch für eine Bodenreform ein?

Der Boden ist die unvermehrte Lebensgrundlage von Menschen, Pflanzen und Tieren. Niemand hat ihn geschaffen. Ursprünglich war er Gemeingut. Nach heutigem Rechtsverständnis ist er Privateigentum und damit Machtmittel und Bereicherungsquelle. Damit der Boden nicht als Spekulationsobjekt missbraucht wird, setzt sich die INWO außer für eine Geldreform auch für eine Bodenreform ein.

Zur Geldreform gehört auch deshalb unabdingbar eine Bodenreform dazu, weil der Bodenpreis eng mit der Höhe des Realzinses korreliert. Hohe Zinssätze bewirken ein Fallen der Bodenpreise, niedrige ein Ansteigen. Tendiert der Zinssatz, wie angestrebt, gegen Null, würde kaum noch Boden zum Kauf angeboten, weil ein so wertvolles Gut nicht gern hergegeben wird. Bei einem Zinssatz nahe Null wäre Bodeneigentum eine der wenigen verbliebenen Möglichkeiten, ohne Leistung Einkommen zu erzielen.



Sitzen gelassen. Die Armen der Welt verlieren ihr Land, während ihre Regierungen Deals mit der Agroindustrie machen.

ahrungsmittel wie Bohnen, Mais und Kartoffeln Ausschau zu halten, bevorzugt im Sudan. Sie sind weitgehend auf den Import preiswerter Nahrungsmittel angewiesen, um ihre zahlreichen Arbeitsmigranten zu versorgen, während ihre Ölreserven absehbar zur Neige gehen. Auch Indien, dessen Agrarproduktion nur noch langsam wächst, ist an der Landnahme jenseits der eigenen Grenzen beteiligt, wie z.B. in Burma, wo indische Unternehmen mit Regierungsunterstützung Land pachten. Die Regierung plant, verstärkt Ölsaaten, Hülsenfrüchte und Baumwolle im Ausland anbauen zu lassen.

Eine bevorzugte Destination ist Afrika, das zu den Regionen mit erheblichen Landreserven gehört, zum Beispiel in Sambia, der DR Kongo und Mosambik. Nach Angaben der FAO sind gegenwärtig lediglich 14 Prozent der nutzbaren landwirtschaftlichen Fläche bebaut. Zudem ist die Produktivität in vielen Bereichen aufgrund der jahrzehntelangen Vernachlässigung der Kleinbäuerlichen Betriebe gering. Die Getreideerträge liegen 40 Prozent niedriger als in anderen Entwicklungsländern. Zu den Zielländern gehören aber auch Brasilien, Kambodscha, Pakistan und Burma, oft Länder, die bereits jetzt ihre Bevölkerung nicht selbst ernähren können oder wo Land bereits knapp ist und intensiv genutzt wird, wie auf den Philippinen.

Viele „Empfängerregierungen“ sind nur zu glücklich über das neue Interesse ausländischer Investoren. So erklärte Äthiopiens Präsident Meles Zenawi, seine Regierung sei „sehr daran interessiert“, hunderttausende Hektar Agrarland für die Versorgung von Ländern im Mittleren Osten bereit zu stellen.

Ebenso bietet Kambodscha, wie Äthiopien ein Land, das auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen ist, seine Reisfelder Katar und Kuwait an. Die Projekte versprechen Investitionen in die marode Infrastruktur, Beschäftigung, gelegentlich auch Schulen und Krankenstationen. Zudem stabilisieren sie diktatorische Regierungen wie in Burma oder im Sudan ökonomisch und politisch.

Das Interesse von Regierungen und Investoren trifft sich mit der Strategie der Weltbank und ihrer Tochter, der International Finance Corporation (IFC), die bereits seit einigen Jahren der landwirtschaftlichen Entwicklung wieder größere Bedeutung zurechnen. Ihr Beitrag zur privaten Investitionsförderung besteht u.a. im Ausbau der Infrastruktur und der Herstellung von günstigen Rahmenbedingungen, etwa durch die Reform von Eigentumsrechten und den Abbau von Handelshindernissen.

Entwicklungsbeitrag?

Ohne Frage sind Investitionen in die Landwirtschaft und in ländliche Räume notwendig. Doch statt einen Beitrag zu dieser Entwicklung zu leisten, beschleunigen die neuen Agrarprojekte eine Umstrukturierung der Landwirtschaft, die die Kleinbäuerliche Landwirtschaft weiter marginalisiert. Ein großer Teil des Landes, das Regierungen als „ungenutzt“ erklären, wird vielfältig für marginale Landwirtschaft, als Weide oder die Versorgung mit Brennholz genutzt, aber eben ohne gesicherte Landnutzungsrechte. Die neue Landnahme wird daher zu einer weitreichenden Vertreibung von Hirten, Sammlerinnen und Subsistenzlandwirtschaft führen. Marktorientierte Landreformen, wie sie die

Weltbank vorantreibt, spielen den Investoren in die Hände, treiben die Konzentration von Land voran und unterminieren alle Versuche, gerechte Agrarreformen und Landumverteilung zugunsten kleinbäuerlicher Betriebe umzusetzen.

Angesichts lückenhafter Information ist es schwierig, das gesamte Ausmaß dieser Entwicklung zu erfassen. Klar ist allerdings, dass sie Ziele wie Ernährungssicherung und landwirtschaftliche Entwicklung, mit denen Regierungen und internationale Finanzinstitutionen ihre Agrarpolitik als Beitrag zur Armutsminderung und Förderung kleinbäuerlicher Landwirtschaft legitimieren, in ihr Gegenteil verkehrt.

Uwe Hoering

Uwe Hoering lebt als freier Journalist in Bonn und ist Mitherausgeber des Informationsbriefes Weltwirtschaft & Entwicklung (W&E).

Hinweis: * Seized. The 2008 land grab for food and financial security, GRAIN Briefing, 11 S., Barcelona, Oktober 2008 (www.grain.org/go/landgrab).

Dieser Beitrag erschien im Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, W&E 02/Februar 2009 (www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org).

Zeitvorsorge – ein ergänzendes Pflegesicherungsmodell

Beim Anpacken und Finden von kreativen, innovativen Lösungen sind die Vorarlberger eine Klasse für sich. Das kleine österreichische Bundesland punktet international mit Spitzen-Architektur und setzt auf Nachhaltigkeit, auch im Sozialsystem.



Gernot Jochum-Müller, Obmann des Talente-Tauschkreises Vorarlberg, referierte im Zukunftszentrum Innsbruck über das Zeitvorsorgemodell

Dies ist ein Grund, weshalb nun im Auftrag der Landesregierung der Talente-Tauschkreis Vorarlberg die Einführung der Zeitvorsorge als ergänzendes Pflegesicherungsmodell landesweit vorbereitet. Vorbild dafür ist das Pilotprojekt Evergreen, das der Tauschkreis gemeinsam mit den fünf Gemeinden des Leiblachtales und dem dort ansässigen Sozialsprengel 2005 umsetzte. Ins Visier nahm man dabei die Altersgruppe 55+. Durch Betreuungsdienste in der Nachbarschaft erwerben Menschen Zeitguthaben, die sie in der Tauschkreiswährung Talent ausbezahlt erhalten. Jeder Teilnehmer kann selbst entscheiden, wie viel er davon gleich im Tauschkreis konsumiert und wie viel er sich auf ein Zeitkonto gutschreiben lässt. Bis zu 500 Stunden können so für den Fall, dass man selbst Betreuungsdienste benötigt, angespart werden.

„Diese Zeitvorsorge bringt kurz- und langfristigen Nutzen“, zeigt Gernot Jochum-Müller, Obmann des Talente-Tauschkreises Vorarlberg bei einer Informationsveranstaltung am 2. Februar 2009 im Zukunftszentrum in Innsbruck auf. Menschen finden nach dem Erwerbsleben noch eine sinnerfüllende Beschäftigung und schaffen sich damit eine zusätzliche Pflegeversicherung als Altersvorsorge. Dass die Qualität der Betreuung dann auch passt, dafür sorgt der Partner vor Ort: „Der Tauschkreis stellt das Talent-System zur Verfügung, das Personal kommt vom Mobilien Haushilfe-

dienst des Sozialsprengels. Dieser akzeptiert Talent wie Euro und bezahlt damit auch die Mitarbeiter“, so Jochum-Müller. Auch hier gilt ein gesundes Mischverhältnis von Euro und regionaler Zeitwährung.

Steuerrechtlich gelten für die Teilnehmer des Vorsorge-Modells dieselben Zuverdienstgrenzen wie beim Euro. Die angesparten Talent-Guthaben sind Erbvermögen und können bei einem Umzug mitgenommen oder auch in Euro ausbezahlt werden. Die Betreuungsdienste bringen für alle Beteiligten mehr Lebensqualität.

Diese Form hochqualifizierter Nachbarschaftshilfe stärkt neben dem sozialen Netz auch die regionale Wirtschaft, da die Talente im Ländle bleiben und hier für Wertschöpfung und Kaufkraft sorgen.



Veronika Spielbichler ist Obfrau des Unterguggenberger Instituts in der österreichischen Gemeinde Wörgl, das die Erinnerungen an das von Bürgermeister Michael Unterguggenberger initiierte erfolgreiche Freigeldexperiment der Jahre 1932/33 wach hält und Geldreform-Initiativen der heutigen Zeit durch Öffentlichkeitsarbeit unterstützt.

Hintergrundinformation:

Der Talente-Tauschkreis Vorarlberg verwaltet rund 750 Mitgliedskonten, die von rund 1.800 Personen genutzt werden. Unter den Teilnehmern sind ca. 15 % Betriebe. 2008 betrug der Jahresumsatz rund 2,5 Millionen Talente, was bei direkter Umrechnung einen Wert von rund 220.000 Euro entspricht. Wertmaßstab: 100 Talente sind

eine Stunde, beim derzeitigen Euro-Umrechnungsfaktor entspricht das 8,7 Euro. Für die landesweite Organisation der acht Regionen besteht ein 20-köpfiges Organisationsteam. Sämtliche Kosten werden durch die jährlichen Mitgliedsbeiträge von 20 Euro und 360 Talent pro Teilnehmer abgedeckt. Weitere Infos: www.talentiert.at

Buchvorstellung



Dirk Löhr:
Die Plünderung der Erde. Anatomie einer Ökonomie der Ausbeutung. Ein Beitrag zur Ökologischen Ökonomik. Verlag für Sozialökonomie, 2. Aufl. 2009, 486 S., 34,- Euro.

Dieses große und Silvio Gesell gewidmete Werk ist ein Markstein auf der Suche nach einem „dritten Weg“ jenseits von Kapitalismus und Staatssozialismus. Erstmals wird hiermit ein primär an Studierende gerichtetes Lehrbuch vorgelegt, das sich kritisch mit der Privatisierung und Renditemaximierung rechtfertigenden Mainstream der Wirtschaftswissenschaften auseinandersetzt.

Löhr beschränkt sich nicht auf die Rolle des Geldwesens, sondern fragt umfassend nach notwendigen Ordnungselementen für nachhaltiges Wirtschaften, das künftigen Generationen und der Natur die Lebensgrundlagen erhält. Durch viele Fakten, Beispiele, Hinweise und eingestreute Erläuterungen spricht das materialreiche Buch einen breiten Leserkreis an und könnte zum Brückenschlag zwischen Wissenschaft, Politik und zivilgesellschaftlichen Bewegungen beitragen.

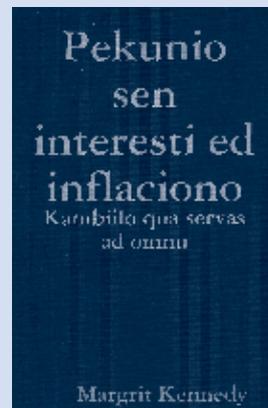
Mit Hilfe der Kriterien Nachhaltig-

tigkeit, Effektivität, Effizienz und Verteilungsgerechtigkeit zeigt er u. a. an den Beispielen Boden und netzgebundene Versorgung mit Wasser und Strom, wie schädlich sich private Monopole und Aneignungsmechanismen auswirken. Während der erste Teil des Buches den Strukturen gewidmet ist, verfolgt der zweite Teil unter der Überschrift „Von der Wiege bis zur Bahre“ die Wirtschaftsprozesse von der Entnahme aus der Natur bis zur Deponie der Abfälle. Dieser Teil behandelt auch die Funktion und sachgerechte Gestaltung des Geldwesens. Die fatale Rolle des Zinses durch Abdiskontierung der Zukunftseffekte wird einleuchtend dargestellt.

Ein dritter Teil untersucht die in der Praxis üblichen Instrumente einer strukturkonservativen „Politik der kleinen Schritte“: Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung, Ordnungs- und Planungsrecht, New Public Management, Selbstverpflichtungen, Kooperationen, Besteuerung und Subventionen. An den Maßstäben Effekt für die Ökologie, wirtschaftliche Effizienz und Verteilungsgerechtigkeit zeigt Löhr den jeweils eingeschränkten Anwendungsbereich und Zielerreichungsgrad dieser Instrumente und ihre unbeabsichtigten Nebenfolgen, ohne sie deshalb zu verdammen.

Um den Wirtschaftskrieg der „Zaunpfähle“ zu beenden, mit deren Hilfe Privilegien zugeteilt und abgesichert werden, bedürfte es des „zivilgesellschaftlichen Protests mit Kompass“, lautet Löhrs eindringliche Schlussfolgerung in seinem kurzen vierten Teil. Diese Orientierung vermag sein Buch durchaus zu geben, das deshalb größtmögliche Verbreitung, lernbereite Lektüre und Beachtung in der Politik verdient.

Roland Geitmann



Margrit Kennedy:
Pekunio sen interesi ed inflaciono – Ein Tauschmittel, das jedem dient. Verleger: editerio Tia Libro, 2008, 86 S., 7,95 Euro plus Versandkosten

Margrit Kennedys Bestseller „Geld ohne Zinsen und Inflation“, das bereits in mehr als 20 Sprachen übersetzt wurde, liegt nun auch in einer Übersetzung in Ido vor. Ido ist eine internationale Sprache auf der Basis von Esperanto. Das Buch ist zu beziehen bei: Deutsche Ido-Gesellschaft e.V., Thüringer Str. 3, 37284 Waldkapfel-Bu.



Werben für die FAIRCONOMY!

• Helfen Sie mit, unsere Ideen weiterzuverbreiten. Fordern Sie unsere neuen Postkarten an und verteilen Sie sie in Ihrem Bekanntenkreis. Mit der Karte können Interessenten unser alternatives Rettungspaket oder ein Jahresabo der FAIRCONOMY bestellen.

• 50 Stück für 2,00 Euro Versandkosten - für Mitglieder versandkostenfrei

Buchvorstellung



Siegfried Poller:
Wohin geht die Reise, Deutschland?
Monsenstein und Vannerdat 2008, 311 S. m. Abb. u. Tab., 17,50 Euro

Siegfried Poller, Jahrgang 1931, schafft es in seinem Werk mühe-los, die Gesamtsituation Deutschlands in allen maßgeblichen Themenbereichen verständlich und kompakt darzustellen. Ausgehend von der Definition der Grundbegriffe Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität baut Poller nicht nur das Bild eines Deutschland auf, wie es zur Zeit ist, sondern auch, wie es statt dessen sein sollte. Dass solche Ungerechtigkeiten wie bevorzugte Berufsgruppen (Beamte, Ärzte, Architekten usw.), ungleiche Verteilung des Volksvermögens usw. überhaupt existieren, ist für ihn schon nicht mit den Grundsätzen eines demokratischen Staates vereinbar. Im Kapitel „Bevölkerung“ geht Poller auf die Situation der Zuwanderer ein, sowie auf die Bevölkerungsentwicklung allgemein. Er entlarvt manches Politikergeschwätz und bietet selbst Lösungen an, die zum Nachdenken anregen. Ebenso werden die Bereiche Wirtschaft, Arbeit und Arbeitslosigkeit (etwas ausführlicher), Bildung und Wissenschaft, Öffentliche Dienstleistungen, Soziale Sicherung, Finanzen und Politik in prägnanter Weise abgearbeitet und bis auf den Grund durchleuchtet. Probleme sind für

ihn nur zu lösen, wenn man an den Ursachen ansetzt. Symptombekämpfung wird gnadenlos aufgedeckt und als unsinnig bezeichnet. Faszinierend finde ich, wie es Siegfried Poller schafft, dieses komplexe und monströs erscheinende Thema in 292 Seiten befriedigend abzuhandeln. Seine Sprache ist klar und von so hoher Informationsdichte, dass man kaum etwas kürzen könnte. Andererseits liest sich das Buch ausnehmend spannend, hin und wieder findet sich sogar eine Prise Humor. Man wird sein Land und sein eigenes Leben darin mit anderen Augen betrachten, wenn man dieses Buch gelesen hat. Die Frage ist nur, ob man das überhaupt will...

Sabine Reiger

Mit der Veröffentlichung des Bu-



Ludwig Gartz:
Fließendes Geld. Die Geburt des Goldenen Zeitalters.
Aragorn Verlag 2008, 356 S., 20,00 Euro, 30,60 CHF936086-41-6

ches hat Ludwig Gartz eine großartige Grundidee behandelt. Zudem hat er einen Titel gewählt, der insbesondere in den Kreisen der Geldreformer großen Anklang finden dürfte. Leider wurde das

Buch in einer Form ausgearbeitet, die weder für Personen geeignet ist, die sich bereits mit den Reformideen beschäftigt haben, noch für Menschen, die an die Reformideen herangeführt werden sollen.

Ludwig Gartz verwendet die Worte Zinsgeld und Zinswirtschaft für unser heutiges Geldsystem und fordert eine zinslose Wirtschaft. Der Leser erhält damit den Eindruck, dass der Zins abgeschafft werden muss, dabei geht es in der Geldreform, wie sie die INWO fordert, darum, die Zinstreppe abzusenken, den Zins aber als Allokationsmechanismus beizubehalten.

Zudem werden Behauptungen aufgestellt, die nicht weiter begründet werden, teilweise scheint auch kein begründbarer Zusammenhang zur Untermauerung der Behauptung zu bestehen. Ludwig Gartz pauschalisiert, ohne wichtige Differenzierungen zu berücksichtigen, und beginnt öfter Sätze mit „Ich werde zeigen ...“, ohne dass die Zusammenhänge später wirklich gezeigt werden.

Besonders kritisch finde ich die Tatsache, dass der Autor Quellen nicht oder falsch benennt (z.B. Grafiken von Helmut Creutz mit der Quelle: Bundesbank). Hier gebietet es die Wertschätzung gegenüber den Urhebern, die Quellen besser herauszuarbeiten. Es entsteht der Eindruck, dass Ludwig Gartz sich zwar mit dem Thema beschäftigt hat, die Texte der ursprünglichen Verfasser allerdings nicht wirklich kennt.

Die Grundaussagen des Autors sind zwar wichtig und tendenziell richtig. So beschreibt er, dass vier Prinzipien für eine ganzheitliche freie Marktwirtschaft notwendig sind:

1. Die Umlaufsicherung von Geld
2. Die Bodenpacht

3. Die Natursteuer
4. Das Grundeinkommen für alle

Leider wird dem Leser aber nicht klar, aus welchem Grund diese wichtig und ausreichend sein sollen. Dies liegt unter anderem daran, dass dem Werk ein roter Faden fehlt und der Autor versucht, alle Bereiche, die ihm in den Sinn kommen, einzubauen. Zum Beispiel unternimmt Gartz einen Ausflug in spirituelle Bereiche, der dem Werk nicht zuträglich ist, oder er beschreibt ein Phänomen aus der Physik, das er nicht versteht.

Die These, dass die Zinswirtschaft die Ursache für neun negativ dominante Tendenzen (die Tendenz zur Verknappung, zum feindlichen Wettbewerb, zur Beraubung, zur Verschwendung, zur Bestechung, zur Täuschung, zur Verwirrung, zur Angst und zur Schuldzuweisung) verantwortlich ist, halte ich für gewagt, zumal der Autor diese These nicht für alle beschriebenen Tendenzen nachvollziehbar begründet.

Hätte der Autor den Titel "Die Entschlüsselung des 'Herrn der Ringe' als Weg zum Goldenen Zeitalter" gewählt, so hätte er mit einem neuen Ansatz einen großen Leserkreis erreicht. Allerdings hätte Ludwig Gartz dann mehr Zeit darauf verwenden müssen, die Bücher von J. R. R. Tolkien zu lesen, entscheidende Szenen herauszugreifen und die Verbindung zu seinen Behauptungen auszuarbeiten. Dies hätte aus meiner Sicht das Zeug zu einem Bestseller. So bleibt es ein literarisch anspruchsloses Werk, das schnell wieder in Vergessenheit geraten wird.

Torsten Kries

Informieren, bestellen, Mitglied werden!

Name _____ Straße & Hausnummer _____

Postleitzahl & Ort _____ Telefon & E-Mail-Adresse _____

Per Fax an: 066 23 - 91 96 02 oder per Post an:



**INWO e.V. Versand
Wüstefeld 6**

36199 Rotenburg

Ich möchte förderndes Mitglied der INWO e.V. werden!

- Ich zahle jährlich 48 Euro (regulärer Beitrag inklusive Mitgliederzeitschrift).
- Ich zahle jährlich 24 Euro (ermäßigt nach Selbsteinschätzung inklusive Zeitschrift).
- Ich zahle jährlich 12 Euro (Bezug der Zeitschrift solange der Vorrat reicht).

Ich spende einen zusätzlichen Beitrag von jährlich _____ Euro.

Ich spende zusätzlich einmalig _____ Euro.

Eine Bescheinigung wird für Zuwendungen ab jährlich 200 Euro ausgestellt und unaufgefordert zugesandt. Bei Zuwendungen unter 200 Euro gilt der Kontoauszug als Beleg für das Finanzamt.

- Ich bestelle ein Jahresabo der FAIRCONOMY für 10 € Versandkostenpauschale.
- Ich möchte ein kostenloses und unverbindliches Probeabo der Zeitschrift FAIRCONOMY.

- Bitte schicken Sie mir 10 kostenlose Exemplare der FAIRCONOMY Nr. 1 zum Verteilen für nur 2 € Versandkosten.
- Bitte senden Sie mir kostenloses Infomaterial über die INWO.
- Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Verteiler auf.

Ich bestelle folgende Materialien der INWO / Platz für Anmerkungen:

ggf. Artikelbezeichnung

ggf. Anzahl

Die angegebenen Kosten für Verpackung und Versand: bis 10 € Bestellwert 2 € / ab 10 € Bestellwert frei – die angegebenen Kosten für Verpackung und Versand gelten ausschließlich für Lieferanschriften in Deutschland.

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Ihre Daten werden elektronisch erfasst, damit wir Spendenquittungen, Rechnungen etc. ausstellen und Kontakt zu Ihnen halten können. Ihre Daten werden ausschließlich von uns oder durch unsere Beauftragten für vereinsbezogene Informations- und Werbezwecke genutzt. Wir geben keine Daten an Dritte weiter! Sie können der Speicherung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Dazu schreiben Sie bitte an INWO e.V. Versand, Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg.

Hiermit ermächtige ich die Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., bis auf Widerruf meinen jährlichen Mitgliedsbeitrag (ab Beitrittsmonat bis Jahresende, danach jeweils im Januar für das gesamte Jahr) und die zusätzliche Spende (ggf. streichen) von meinem

Konto Nr.: _____ BLZ: _____

bei der _____

mittels Lastschrift abbuchen zu lassen. Wenn oben genanntes Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens der kontoführenden Bank keine Verpflichtung zur Einlösung.

Ort, Datum _____ Unterschrift _____

Rettungspakete: normal, erweitert und extra

Echte Rettungspakete voller grundlegender Informationen zu den Ursachen der Finanzkrise – zum Lesen, Hören und Anschauen.



- Standpunkt 2 „Fließendes Geld“
- DVD „Der Geist des Geldes“
- CD „Das Wunder von Wörgl“
- Broschüre „Perspektiven fließenden Geldes“ (normal & extra)
- Buch „Neues Geld – neue Welt“ (erweitert & extra)
- DVD „Der große Ausverkauf“ (extra)

„normal“ für 15 Euro „erweitert“ für 25 Euro „extra“ für 40 Euro

Klaus Popp:

Das Märchen vom guten Zins



Nie zuvor gab es so viel Wohlstand zu verteilen. Dennoch verursachen Wirtschaftskrisen zunehmend Angst, Verunsicherung und Not. Die bekannten Lösungsvorschläge sind voller Widersprüche. Klaus Popp löst den Knoten der Ratlosigkeit auf. Das Buch basiert auf dem 1989 im Eigenverlag veröffentlichten Titel „Zinswahnsinn“. Es wurde komplett überarbeitet, erweitert und durch neue Fakten und Grafiken ergänzt.

Signum Verlag 2006, 180 Seiten, 11 Grafiken, 19.90 Euro

Standpunkt 2:

Fließendes Geld!



Von Alwine Schreiber-Martens unter Mitarbeit von Markus Fiedler und Kornelia Halach.

Mit dem Nachfolger von „Knöllchen für die Spekulanten“ wird beschrieben, was am Geldsystem verändert werden muss, damit Finanzkrisen ausbleiben, Ersparnisse auch ohne Staatsgarantien sicher sind und auch die Wirtschaft ausreichend mit Geld versorgt wird.

Vier Seiten DIN A4, (vier)farbiger Druck auf hochwertigem Recycling-Papier.

INWO 2008, 0.50 Euro (10 St./4 Euro)

DVD-Doppelpack

„Der Geist des Geldes“ und „Der große Ausverkauf“



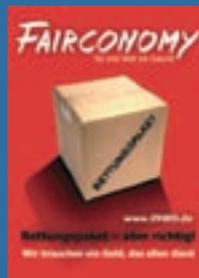
Die sehenswerten Dokumentationen „Der Geist des Geldes“ und „Der große Ausverkauf“ (laut Süddeutscher Zeitung eine der Dokumentationen, „die man sehen muss!“) als günstiges DVD-Doppelpack! Statt 28.80 Euro kosten die DVDs zusammen nur 27 Euro -

für INWO-Mitglieder sogar nur 24 Euro!

Einzel gibt es „Der große Ausverkauf“ (15.80 Euro) und „Der Geist des Geldes“ (ab 10 Euro) ebenfalls.

NEU !

Postkarte Rettungspaket



Mit ihren Rettungs- oder Konjunkturpaketen will die Regierung der Rezession begegnen. „Konjunkturgerechte Wachstumspolitik“ nennt sie das. Auch in der Krise fällt den Politikern nichts Besseres ein, als immer weiteres Wachstum zu fordern und neue Schulden zu machen.

Die INWO setzt sich für ganz neue Spielregeln beim Geld ein. Mit der Umverteilung von Arm nach Reich

und dem zerstörerischen Umgang mit der Natur muss endlich Schluss sein! Wir fordern ein Geld, das allen Menschen dient und ein nachhaltiges, menschenwürdiges Wirtschaften erlaubt.

Helfen Sie mit, unsere Ideen weiterzuverbreiten. Fordern Sie unsere neuen Postkarten an und verteilen Sie sie in Ihrem Bekanntenkreis. Mit der Karte kann unser alternatives Rettungspaket bestellt werden, das Informationen über die FAIRCONOMY enthält.

50 Stück für 2 Euro Versandkosten - für Mitglieder versandkostenfrei!

Bestellungen an: INWO-Versand, Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg, Telefon: 066 23 - 91 96 01, Fax: 066 23 - 91 96 02, E-Mail: Versand@INWO.de oder online unter: <http://www.INWO.de/Shop>. Dort finden Sie auch weitere Angebote.

Versandkostenfrei jetzt schon ab nur 10 Euro Bestellwert!